Sattler- und Portefeuiller Zeitung

Erscheint wöchentlich Freitags ::: Bezugspreis durch die Post 1,20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt 20 Pf., alle andern 30 Pf. pro 3 gespaltene Petitzeile

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten Lederwaren-Industrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 33 ∴ 23. Jahrgang | Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10b ∴ Telephon: Amt IV, 2120 | Berlin, den 12. November 1909

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Bekanntmachung des Internationalen Sekretärs. — Der Weg zur Macht! — Streiks und Lohnbewegungen. — Die Heimarbeit in der Lederwarenindustrie des Offenbach-Frankfurter Gebietes. (II. Schluß.) — Ein Lied vom Streikbrecher. — Unangenehme Notwendigkeiten. — Erklärung der Stuttgarter Gauleitung. — Vierte Sitzung des Schiedsgerichts für das Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe Berlins. — Soziales. — Aus unserem Beruf. — Rundschau. — Korrespondenzen. — Bücherschau. — Briefkasten der Redaktion. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 14. bis 20. November ist der 47. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. In der Berliner Elektromobil-Droschken-Akt.-Ges. „Bedag" haben sämtliche Handwerker wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Die Firma unterhält 2 Betriebe und zwar in der Chausseestr. 128 und in Halensee. Beide Betriebe sind gesperrt.

Ausland.

Bern (Schweiz). Achtung, Kollegen, Achtung! Am 30. Oktober wurde von unseren Kollegen die Kündigung eingereicht. Zuzug ist strengstens fernzuhalten. Verhandlungen sind angebahnt.

Oberuzwil (Schweiz). Die Gerberei und Riemenfabrik von Hefti & Cie. ist gesperrt und Zuzug von Riemensattlern strengstens fernzuhalten.

Zürich. Die Reiseartikelfabrik von Gebrüder Lachmund ist wegen Maßregelung des Vertrauensmannes gesperrt.

Wien. Die Treibriemenarbeiter von Lenhart & Wögerbauer stehen im Streik.

Bekanntmachung.

Im Auftrage unserer skandinavischen Bruderorganisation mache ich darauf aufmerksam, dass der Zuzug von Reiseartikelarbeitern nach Gothenburg (Schweden) und von Sattlern nach Stockholm (Schweden) fernzuhalten ist.

Ferner werden sowohl Sattler wie Tapezierer gebeten, auch nach Beendigung des Generalstreiks von Schweden fernzubleiben, da jedenfalls mit einer starken Arbeitslosigkeit gerechnet werden muss.

Mit Gruss

Joh. Sassenbach,
Internationaler Sekretär.

Der Weg zur Macht!

III.

Sehen wir nun zunächst einmal zu, was das Ziel der allgemeinen Arbeiterbewegung überhaupt ist. Kennen wir das Ziel, finden wir auch leicht den Weg, der zum Ziele führt. Denn die Hauptsache ist nicht, daß marschiert wird, sondern wohin marschiert wird. Der Satz „das Ziel ist nichts, die Bewegung alles" ist zweifellos unrichtig und mußte ja auch erst durch eine entsprechende Erklärung umgedeutet werden.

Die Arbeiterbewegung hat sich also zum Ziele gesetzt, ihrem Träger, also der Arbeiterschaft, auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens die gleichen Rechte zu sichern, die der besitzenden Klasse bisher allein zustehen. „Freiheit und Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt" lautet diese im Lapidarstil erhobene Forderung. Ein hohes und hehres, ein ungemein begehrenswertes Ziel, ganz dazu angetan, diejenigen Kräfte in der Arbeiterschaft auszulösen, die imstande sind, sie dem Ziele und sei es auch nur schrittweise, näher zu bringen. Jeder wird zugeben, daß dieses „Programm" eigentlich etwas sehr allgemein gehalten ist, das ist zweifellos richtig, nichtsdestoweniger ist bei weitester Auslegung des obigen Satzes in demselben alles enthalten, was eine unterdrückte und ausgebeutete Volksschicht, hier die besitzlose, die Arbeiterklasse, von der zukünftigen Entwickelung verlangen kann und muß.

Welche Aufgaben fallen nun der Gewerkschaftsbewegung zu, um diesem hohen Ziele näher zu kommen? Mit anderen Worten, was muß geschehen, um die wirtschaftliche Seite dieser Aufgabe zu lösen? Präzisieren wir die wirtschaftliche Forderung des Arbeiters näher, so können wir nicht anders, als sagen, das Ziel jedes denkenden und aufgeklärten Arbeiters ist bezw. muß sein, daß ihm der volle Ertrag seiner Arbeitsleistung gewährleistet sein muß. In Konsequenz dessen ist das wirtschaftliche Ziel der Arbeiterbewegung als Ganzes genommen nichts anderes als „die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen"!

Daß jetzt niemand, der gegen Lohn oder Gehalt für fremde Rechnung tätig ist, den vollen Ertrag seiner Arbeitsleistung erhält, das geben bis zu einem gewissen Grade auch unsere wütendsten Gegner zu, nur behaupten diese, daß es nur so und nicht anders sein könne.

Der Gewerkschaftsbewegung fällt nun die Aufgabe zu, das jetzt bestehende Mißverhältnis zwischen Arbeitsleistung und Arbeitslohn soweit wie möglich zu beseitigen. Es gänzlich zu beseitigen, also dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeitsleistung zu sichern, ist die Gewerkschaftsbewegung außerstande, wie wir später noch sehen werden. Es kann dieses daher auch gar nicht ihre Aufgabe sein, denn jede Bewegung kann sich nur solche Aufgaben stellen, die sie voraussichtlich zu lösen vermag. Doch darauf kommt es zunächst auch gar nicht an, was in der Ferne liegt, lassen wir also jetzt das „Endziel" und sehen wir uns die Bewegung an, die einsetzt, um uns diesem Ziel näher zu bringen.

Wie wir bereits im vorigen Artikel bemerkten, setzte nach dem Falle des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 die Organisierung der Arbeiter ungemein lebhaft ein. Die Ketten, die uns bis dahin geschlossen hielten, waren gesprengt und los ging es in den frisch-fröhlichen Kampf hinein. Man kann sich mitunter eines stillen Lächelns nicht erwehren, wenn man an diese Zeit zurückdenkt. An Mut und Energie fehlte es nicht, auch nicht an umsichtigen Führern, wohl aber fehlten uns die Erfahrungen, die uns jetzt mehr als reichlich zur Verfügung stehen. In allen Berufen regte es sich, mit wahrem Ungestüm drängte der junge entfesselte Riese Proletariat vorwärts, um in möglichst kurzer Zeit nachzuholen, was so lange „versäumt" werden mußte.

Arbeitszeit und Arbeitslohn, gesundheitliche Einrichtung der Werkstätten, Gewährleistung des Koalitionsrechts usw. waren neben den vielen „Kleinforderungen", damals wie heute, die Hauptkampfobjekte. Für die geistige Ausbildung der Arbeiter — der Ansicht war man wenigstens — hatte man in den letzten Jahren genügend getan, jetzt hieß es auch auf materiellem Gebiete herauszuschlagen, was herauszuschlagen möglich sei. Arbeit„geber"-Organisationen waren wenig oder fast gar nicht vorhanden und außerdem gleichfalls wie die der Arbeiter noch relativ schwach. Bei irgend einer Gelegenheit, Arbeitsandrang usw., und namentlich aber dann, wenn ein besonders „heller Kopf" oder „Aufrührer" in einen Betrieb hineinkam, wurden kurzerhand Werkstattversammlungen oder auch nur Besprechungen in der Frühstückspause abgehalten, um fabelhaft schnell das „Programm" festzusetzen und entsprechend vorzugehen. Während heute die Arbeitseinstellung, also der Streik, wohl ausnahmslos erst das letzte Mittel ist, um den Unternehmerwillen zu brechen, war damals der Streik für so manchen Unternehmer überhaupt die erste Kundgebung der Arbeiterschaft, die ihm sagte, daß „seine Leute" irgendwelche Wünsche haben müssen. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß manchmal der Unternehmer gar nicht einmal genau wußte, warum gestreikt wurde, hatten doch irgendwelche Verhandlungen vorher nicht stattgefunden. Ja, der durch die vorausgegangenen Jahre brutalster Unterdrückung aufgespeicherte Haß ließ es sehr oft auch gar nicht zu, in irgendwelche sachlichen Unterhandlungen einzutreten. Man stellte allenfalls dem Unternehmer die Forderungen zu; eine Unterhandlung über ein eventl. Nachlassen in der Höhe der Forderung, also ein Kompromiß, hielt man für eine direkte Niederlage der Arbeiter und ließ sich aus diesem Grunde schon in Verhandlungen erst gar nicht ein. Nicht immer war dieses der Fall, ja vielleicht auch nicht einmal in der Mehrzahl der Streitfälle, aber als Charakteristikum für die damalige Zeit verdienen diese Vorgänge trotzdem festgehalten zu werden. Während heute eine Lohnbewegung oder ein eventl. Streik die umfangreichsten Vorarbeiten erfordert, und die Instanzen der Organisation (Zentralvorstand usw.) die Chancen eines Vorgehens erst sehr sorgfältig erwägen müssen, hielt man es früher in den meisten Fällen gar nicht für notwendig, der Zentralstelle vorher Mitteilungen zu machen ehe der Streik nicht bereits ausgebrochen war. Wozu auch? Geld zur Unterstützung war meistens wenig oder gar nicht vorhanden, die leitenden Personen, selbst der Zentrale, hätten eine Zustimmung auf Grund der „Kassenverhältnisse" nie geben können. Ratschläge zu erteilen, dazu brauchte man sie nicht, mit derlei Kleinigkeiten wußte man nichts anzufangen, also drauf

und dran" war die einzig mögliche zugkräftige Parole der unmittelbar Beteiligten.

So wurde mancher kühne Husarenritt ins feindliche Heerlager unternommen. So wurde Sieg auf Sieg erfochten. Den deutschen Unternehmern war das eine verhältnismäßig neue Erscheinung, durch diese schnell und energisch durchgeführten Angriffsbewegungen der Arbeiter wurden viele Unternehmer zum Nachgeben gezwungen, die bei einiger Ausdauer es wirklich nicht nötig gehabt hätten; doch da sie „all' die Kränke kriegten in das klapperude Gebein" blieb es zunächst dabei. Doch von diesen Erfolgen der Arbeiter hieß es wohl ausnahmslos: „Wie gewonnen, so zerronnen". Bei der ersten passenden Gelegenheit wurde den Arbeitern das „Errungene", und wenn irgend möglich zur Vergeltung noch etwas mehr, von den Unternehmern wieder abgenommen. Eine planmäßige Ueberwachung der Betriebe durch die Organisationen konnte nicht stattfinden, und man tröstete sich damit, daß man sich ja in der nächsten Saison wieder bemerkbar machen könne.

Eine Festlegung der Errungenschaften für eine gewisse Zeitdauer, wie es die heutigen Tarifverträge vorsehen, hielt man nicht für „akzeptabel". Nicht etwa nur deswegen, wie heute vielfach behauptet wird, weil das nicht „irrevolutionär genug sei, sondern, wenn man objektiv urteilen will, muß man ohne weiteres zugestehen, daß in den meisten Gewerben, vielleicht mit Ausnahme der Buchdrucker, der Boden für derartige Abmachungen noch nicht bereitet war, sollten diese nicht lediglich auf dem Papier stehen. Denn auch von Tarifverträgen gilt das Wort, ja von diesen vielleicht in noch höherem Maße als von gewöhnlichen Lohnkämpfen, es ist oft verhältnismäßig leicht einen guten Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, aber sehr schwer, manchmal sogar unmöglich, die Aufrechterhaltung und dauernde Durchführung seiner Bestimmungen zu überwachen. Hierzu gehören, wie wir uns inzwischen — öfter als uns lieb war — überzeugen mußten, starke Arbeiterorganisationen. Solche aber fehlten damals, und vielleicht unbewußt aus dieser Erkenntnis heraus, konnte der Tarifvertragsgedanke allgemein bei den Arbeitern noch nicht festen Fuß fassen. Also nicht etwa, weil die Buchdrucker um soviel „intelligenter" als die übrigen Arbeiter waren, oder mehr Verständnis für „positive Gegenwartsarbeit" als andere Berufe hatten, führte diese früher zum Tarifvertrage, sondern vielmehr die bei ihnen schon vorhandene stärkere Organisation und auch sonstige durch die Eigenart des Berufs gegebene Momente. Im allgemeinen kann man eben sagen, daß das Vorhandensein von Tarifverträgen weniger ein Zeichen von „Einsicht" als ein Zeichen von Macht ist. Während nun anfangs der neunziger Jahre die Kämpfe in der Hauptsache Lohnkämpfe waren, ging man Mitte und Ende der neunziger Jahre mehr und mehr dazu über, gegen die noch meist überlange Arbeitszeit zu Felde zu ziehen. Auch das ist sehr erklärlich! Denn vielmehr sträubt sich das Unternehmertum dagegen, in eine Verkürzung der Arbeitszeit als in eine Lohnerhöhung zu willigen. Die letztere läßt sich leichter im Preise der Produkte wieder zum Ausgleich bringen, während nach Ansicht der Unternehmer eine Verkürzung der Arbeitszeit einen „dauernden Verlust" für das Kapital darstellt. Die Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit konnten, da schwieriger, erst mit stärkeren Organisationen geführt werden, waren aber dringender notwendig denn je, handelte es sich doch darum, den Millionen von Arbeitern erst die notwendige Mußezeit zu schaffen, um die Möglichkeit zu haben, einen Hauptprogrammpunkt der Gewerkschaftsbewegung, nämlich die geistige Ausbildung und wirtschaftliche Aufklärung der Arbeiter, zur Ausführung bringen zu können. Das hatte man erkannt, sollte die Gewerkschaftsbewegung nicht nur auf einen relativ kleinen Teil, gewissermaßen nur auf die Aristokratie der Arbeiterschaft, beschränkt bleiben, dann mußte man durch Verbreitung von allgemeinem Wissen und Aufklärung über die Sonderstellung der Arbeiterschaft im heutigen Wirtschaftsgetriebe, in den breiten Massen des Proletariats eine feste Erkenntnisbasis herstellen, auf welcher dann der Riesenbau des Millionenheeres sicher ruhen konnte. Riesensummen sind es denn auch, die die Gewerkschaften für Aufklärungs- und Bildungszwecke im Laufe der Jahre verausgabt haben, die aber, das muß betont werden, reichlich Zinsen trugen.

Mit dem Fortschreiten der Bildung und Aufklärung hielten gleichen Schritt die Ausbreitung und Vertiefung des Organisationsgedankens. Die Organisationen wuchsen, wie wir bereits gesehen haben, zu immer beachtenswerteren Machtfaktoren heran. Mit diesem Anwachsen derselben stellten sich aber auch gleichzeitig Ansprüche ein, die seitens der Arbeiterschaft an sie gestellt wurden. Man sah ein, daß es so wie bisher dauernd nicht weitergehen könne. Die bisherige Taktik brachte wohl hier und da einige Erfolge, die aber nur in den seltensten Fällen bleibende Werte darstellten. Solche Streik- bezw. Lohnbewegungen brachten den Organisationen fast stets eine Unzahl neuer Mitglieder, doch diese waren genau so schnell wie die errungenen Erfolge wieder verschwunden. Und wenn auch am Jahresschluß ein ganz beachtenswerter Ueberschuß treu gebliebener Mitglieder vorhanden war, so sah man doch in dieser Fluktuation der Mitglieder wie in dem Verschwinden der Errungenschaften Uebel, die bekämpft werden mußten. Gegen das Schwinden der Mitglieder begann man Unterstützungseinrichtungen einzuführen, die das Mitglied an die Organisation fesseln sollten; gegen das Schwinden der Errungenschaften wurde die Festlegung derselben auf eine bestimmte Dauer, also der Tarifvertrag allgemein als notwendig anerkannt. Daß es, bevor diese Anschauungen allgemein zum Durchbruch gelangten, zu heftigen Kämpfen über die Zweckmäßigkeit der erwähnten Einrichtungen kam, ist selbstverständlich. Von der Einführung der Unterstützungen befürchtete man das Nachlassen des Kampfcharakters, von der Festlegung der Errungenschaften hingegen eine Einengung der Bewegungsfreiheit der Organisationen. Bis zu einem gewissen Grade sind resp. waren diese Befürchtungen auch gerechtfertigt. Doch allmählich sah man ein, daß doch die Vorteile die Nachteile überwiegen und eine Berufsgruppe nach der anderen befreundete sich mit diesen „neuen Einrichtungen". Die Unterstützungseinrichtungen sollten ja eigentlich und tun es wohl auch, zwei Aufgaben erfüllen: neben der Fesselung der Mitglieder an die Organisation sollten sie vor allen Dingen verhindern, daß der erwerbslose oder erwerbsunfähige Arbeiter ins Elend zurückgeschleudert wird. Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften hier Pflichten erfüllen, die eigentlich der Gesellschaft, dem Staat, der Kommune obliegen. Aber diese Faktoren sind bis heute noch Werkzeuge der besitzenden Klasse und haben als solche gar nicht das Interesse, die Arbeiter kampf- und widerstandsfähig zu erhalten, wie wir selbst. Im Gegenteil! Also daran muß festgehalten werden, namentlich angesichts der vielfach falschen Auffassung über das Wesen der Unterstützungen, der man heute in Mitgliederkreisen des öfteren begegnet. Nicht nur aus Mitleid, nicht nur um „Wohltaten" zu üben, auch nicht um der Unterstützung des Mitgliedes selbst willen, das sich durch Zahlung des Beitrages wie bei einer beliebigen anderen Versicherung eine Gegenleistung auf jeden Fall sichert, wurden diese Einrichtungen geschaffen, sondern um das Mitglied dadurch, daß man ihm wenigstens einen Teil des entgangenen Verdienstes bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit wieder ersetzt, vor der Verelendung und damit vor der Kampfunfähigkeit zu schützen sucht. Dieses liegt nicht nur im Interesse der Erwerbslosen, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der in Arbeit stehenden. Also sind die Unterstützungseinrichtungen Kampfesmittel in wahrstem Sinne des Wortes. Was sie als solche geleistet haben, entzieht sich jeder Berechnung. Mit Leichtigkeit stellen wir fest, was die Organisationen im Laufe der Jahre an Unterstützungen gezahlt haben, aber unmöglich ist es festzustellen, in wie hohem Maße diese auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingewirkt haben, das kann man nur fühlen, und wir fühlen es sehr deutlich. Früher war der durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit ins Unglück geratene Arbeiter nur allzuleicht geneigt, ja sogar gezwungen, jede, auch die schlechtestbezahlte Beschäftigung anzunehmen. Diese Notlage wurde seitens der Unternehmer gründlich ausgenutzt. Heute ist dieses Verhältnis infolge der Unterstützungen sicher nicht gänzlich beseitigt, aber bedeutend gemildert.

Durch die Tarifverträge ist etwas Aehnliches geleistet worden. Wie man in einen schwer besteigbaren steinigen Felsen Stufe um Stufe meißelt, um allmählich zur Höhe zu gelangen, in gleicher Weise versucht die Organisation mit Hilfe des Tarifvertrages allmählich Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, die plötzlich und auf einen Hieb nicht zu erreichen wären. Wohl kann man vielfach die Wahrnehmung machen, daß der Schritt, die einzelne Stufe der erzielten Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sehr oft eine kleinere beim Tarifvertrage ist, als bei einem für den Augenblickserfolg geführten Streik. Dieser Nachteil wird aber durch die Stetigkeit des durch den Vertrag garantierten Lohnes mehr als wettgemacht. Hierzu kommt noch ferner, daß heute bei einem Kampfe mehr und ganz andere Werte auf dem Spiele stehen wie früher. Die Machtmittel der Unternehmer sowie die unsrigen sind gewaltig gesteigert worden. Furchtbar sind die Wunden, die die Gegner sich im wirtschaftlichen Kampfe beizubringen vermögen. [illegible] heute nur noch in den allerseltensten Fällen davon. Die Folge davon ist, daß der Angreifer sehr sorgfältig zu sondieren, sehr gewissenhaft die Stärke seines Gegners zu erforschen suchen muß, um sich nicht leichtsinnig einer sicheren Niederlage auszusetzen. Auch unsere Gegner, die Unternehmer, haben das Kriegführen gelernt. Große Lagerbestände (früher fälschlich als „totes Kapital" bezeichnet), Materialsperre, gegen die außer der Reihe stehenden Unternehmerkollegen, gewaltsame Errichtung von „Arbeitsnachweisen" (Maßregelungsbureaus!), schwarze Listen und als letztes, aber nicht unwichtigstes Mittel, die Schaffung und Unterstützung der gelben Gewerkschaften, sind Requisiten ihres heutigen Arsenals. Prätorianergarden in Gestalt von Lumpenproletariern, berufsmäßige Streikbrecher, diese Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes, diese Organisation der Unorganisierten, angeworben und dirigiert von skrupellosen Agenten und Agentinnen (Witwe Müller, Altona) sind es, die in den Händen der Unternehmer zur furchtbaren, wenn auch sehr kostspieligen und auf die Dauer kaum wirksamen Waffe gegen die kämpfenden Arbeiter werden. Nicht mehr wie früher, ist es Mangel an Aufklärung, der aus Arbeiterkreisen derartige Feinde des ehrlichen Arbeiters erstehen läßt. Nur vereinzelt noch kann man den „Unverstand" als Entschuldigungsgrund für eine derartige Handlungsweise gelten lassen; bei der übergroßen Mehrzahl dieser Subjekte handelt es sich vielmehr um frechsten, zynischen Egoismus, oder um angeborene Lumpenhaftigkeit. Gegen diese Welt von Feinden hat sich die organisierte Arbeiterschaft zu behaupten gewußt, und mögen nachstehende Zahlen ein Beweis dafür sein, was im Interesse der Arbeiter bisher geleistet werden konnte.

Von sämtlichen Streiks und Aussperrungen in der Zeit von 1890 bis 1908 verliefen für die Arbeiter erfolgreich 49,5, teilweise erfolgreich 22,5 und erfolglos 25,2 Prozent. Was durch diese Kämpfe sowohl

wie auch durch die Lohnbewegungen, die nicht zu Arbeitseinstellungen führten, der Arbeiterschaft an Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit und damit an Luft und Licht für die bessere Gestaltung des Familienlebens und der Möglichkeit geistiger und geselliger Aufklärung errungen worden ist, dafür mögen einige Auszüge hier wiedergegeben werden. Bezüglich unseres Berufes verweisen wir auf die Nr. 25 unserer Zeitung sowohl wie auf unsere Jahresberichte und die statistischen Erhebungen.

Es berichtet der Bauhilfsarbeiterverband, um eine Organisation zu nehmen, die früher nicht recht vorwärts kommen konnte:

„Die Löhne vom Jahre 1890 wurden im Durchschnitt in 10 Jahren um 21 Proz. oder um 5,7 Pf. pro Stunde, die Löhne vom Jahre 1900 aber in den Jahren um 43 Proz. oder um 13,3 Pf. pro Stunde erhöht. In einigen Städten ist während dieser Zeit die Arbeitszeit verkürzt worden, aber trotzdem wird die Erhöhung des Lohnes, auf Tages-, Wochen- oder Jahresverdienst umgerechnet, recht erheblich sein. Die höchste Lohnsteigerung hat Kiel mit seiner guten Bautätigkeit in den letzten 15 Jahren. Sie beträgt trotz Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag 2,70 Mk. oder pro Jahr bei 240 Arbeitstagen 648 Mk. Posen, wo die nationalistische Strömung und die politisch-nationalistische Bewegung die Gewerkschaft nicht vorwärts kommen läßt, hat die geringste Lohnsteigerung mit pro Tag 0,90 Mk.

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Bauhilfsarbeiters in den Großstädten betrug im Jahre 1890 650 Mk. und im Jahre 1908 1100 Mk. Die Erhöhung des Lohnes beträgt danach im Durchschnitt 450 Mk. Ueber diesem Jahresdurchschnitt stehen an erster Stelle die Städte Kiel, Hamburg, Berlin, Halle und München. Unter dem Durchschnitt stehen Posen, Wiesbaden, Plauen i. V. und Mannheim."

Der Verband der Steindrucker und Lithographen stellt folgendes fest:

„Der Durchschnittslohn der Lithographen bezifferte sich 1903 bei 3956 Personen auf 27,56 Mk., 1908 bei 3921 Personen auf 30,22 Mk. wöchentlich. Jeder Lithograph hatte also durchschnittlich 1908 einen um 2,66 Mk. oder 9,69 Proz. höheren Wochenlohn wie 1903.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Lithographen betrug 1903 bei 4697 Personen 51 Stunden 12 Minuten 1908 bei 4939 Personen 49 Stunden 6 Minuten. Jeder Lithograph hatte also 1908 durchschnittlich wöchentlich eine um 2 Stunden 6 Minuten oder 4,10 Proz. kürzere Arbeitszeit wie 1903.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Steindrucker betrug 1903 bei 5677 Personen 55 Stunden 15 Minuten 1908 bei 8205 Personen 54 Stunden 6 Minuten. Jeder Steindrucker hatte also 1908 durchschnittlich wöchentlich eine um 1 Stunde 9 Minuten oder 2,08 Proz. kürzere Arbeitszeit wie 1903.

Der Durchschnittslohn der Steindrucker bezifferte sich 1903 bei 4878 Personen auf 26,30 Mk., 1908 bei 7720 Personen auf 28,47 Mk. wöchentlich. Jeder Steindrucker hatte also durchschnittlich 1908 einen um 2,17 Mk. oder 8,21 Proz. höheren Wochenlohn wie 1903.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat bisher vier umfassende statistische Erhebungen über die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse veranstaltet. Danach hatten in den betreffenden Jahren von den in Frage kommenden Arbeitern eine wöchentliche Arbeitszeit von

	54 Stunden und darunter	mehr als 60 Stunden
1893	3,8 Proz.	37,7 Proz.
1897	13,5 „	23,4 „
1902	24,2 „	13,4 „
1906	36,6 „	9,2 „

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitszeit in der Holzindustrie im ganzen Reiche betrug in den vier Jahren

1893	1897	1902	1906
61,5	59,3	58,3	57,0 Stunden

Der Holzarbeiterverband hat also von 1893 bis 1906 die Arbeitszeit um 4½ Stunden im Durchschnitt verkürzt und in einer großen Zahl von Städten geht dieser Erfolg noch weit über den Durchschnitt hinaus. Ganz abgesehen davon, daß gerade in den Jahren 1907 und 1908 noch eine weitere sehr umfangreiche Arbeitszeitverkürzung nachgefolgt ist. Der Durchschnittslohn aller Holzarbeiter betrug in den einzelnen Jahren

	1893	1897	1902	1906	
durchschnittlicher Wochenverdienst	18,69	19,96	21,79	25,18	Mk.
prozentuale Steigerung	100,0	106,8	116,6	134,7	„

Dieses möge für unsere Zwecke genügen. So oder ähnlich lauten die Berichte aller Organisationen. Nun aber kommen wir zu dem eigentlichen Differenzpunkt des Streitpunktes: „Der Weg zur Macht". Denn diese Besserung der Geldlöhne und Verkürzung der Arbeiterschaft mit Hilfe der Gewerkschaften wird nicht bestritten. Es wird nur bezweifelt, daß sich die Gesamtlage des Arbeiters in diesem Maße gehoben hat, oder richtiger gesagt, es wird behauptet, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft hat sich verschlechtert infolge der maßlos gestiegenen Warenpreise. Darüber weiteres im nächsten Artikel.

Streiks und Lohnbewegungen.

Bern. Zum Konflikt im Sattlergewerbe. Die einmütige Kündigung der Sattlergehilfen schemt den Meistern doch angelegen zu sein. Waren sie während der halbjährlichen Frist der Vertragskündigung nicht für Unterhandlungen zu haben, so beauftragten sie im letzten Moment noch den Sekretär des stadtbernischen Gewerbevereins, Dr. Tschumi, solche anzubahnen. Dr. Tschumi setzte sich sofort mit dem Sekretär des Schweizerischen Lederarbeiterverbandes in Verbindung, und fanden dann am letzten Freitag, den 5. November, die ersten Unterhandlungen statt. Um noch weitere Unterhandlungen und eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu ermöglichen, machte sich Dr. Tschumi zur Bedingung, daß die Arbeiterschaft darauf verzichte, schon am 6. November in den Ausstand zu treten. Die Sattlermeister erklärten sodann, unter keinen Umständen einen neuen Arbeitsvertrag abschließen zu können. Sie wollen diesen durch eine Werkstattordnung ersetzen. Es sei dies der einzige Weg, die Beschlüsse der Delegiertenversammlung in Lausanne zu umgehen. Nach zweistündigen Unterhandlungen wurde man sich einig darin, daß beide Parteien an der bisherigen 9½stündigen Arbeitszeit festhalten, also die beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit nicht eintreten soll, eine Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen ausgeschlossen sei und die Meister auf die Wiedereinführung der Akkordarbeit verzichten. Es sei der Arbeitsvertrag aus den genannten Gründen durch eine Werkstattordnung zu ersetzen, in welcher beide Parteien als gleichberechtigte Kontrahenten betrachtet werden. Am 10. November sollen weitere Unterhandlungen geführt werden, welche auf eine endgültige Beilegung des Konfliktes hinzielen. Die Kündigung sei aufzuschieben. Sollte das Resultat der kommenden Unterhandlungen die Arbeiter nicht befriedigen, stehe ihnen das Recht zu, ohne weiteres in den Streik zu treten. In einer am gleichen Abend stattgefundenen Versammlung beschlossen die Sattlergehilfen nach reiflicher Diskussion mit 58 gegen 16 Stimmen, mit dem Streike zu warten, bis das Ergebnis der weiteren Unterhandlungen bekannt sei. Es wurde energisch verlangt, es seien nicht nur die alten Arbeitsbedingungen in der Werkstattordnung festzuhalten, sondern es müssen auch Zugeständnisse gemacht werden in bezug auf den Minimallohn und die verlangte Lohnerhöhung.

J. St.

Die Heimarbeit in der Lederwarenindustrie des Offenbach-Frankfurter Gebietes.

II. (Schluß.)

Die ständige Betriebsweise ist bei der Lederwarenheimarbeit vorherrschend, höchstens 30 Proz. betreiben sie im Nebenerwerb und kommen hierfür hauptsächlich Heimarbeiterinnen in Frage. Von den aus dem Fragebogenmaterial der Arbeitgeber ermittelten 729 Personen betrieben 84 eine Nebenbeschäftigung; davon sind 24 Landwirte, 21 Haushaltsvorstände (Ehefrauen), 11 Wirte, 8 Kleinhändler, 3 Gärtner. Der Rest verteilt sich auf verschiedene Nebenberufe: Kirchendiener, Feldhüter, Klavierlehrer, Tanzlehrer, Chorist, Fuhrhalter, Schuldiener, Nachtwächter, Agent, Vereinsdiener, Friseur. Bei 699 der obenbezeichneten 729 Personen ist die Herstellung von Lederwaren oder Einzelteilen solcher die Hauptbeschäftigung, darunter bei allen 32 Zwischenmeistern. Trotzdem der Verfasser auf Seite 8 behauptet, die Lederwarenindustrie gehört nicht zu den eigentlichen Saisongewerben, gibt er dies doch im nächsten Satze, wenn auch etwas eingeschränkt, zu, indem er sagt:

„Sie (die Lederwarenindustrie) hat aber zwei ausgesprochene lebhafte Geschäftszeiten, welche mit stillen, zum Mustermachen benutzten Zeiten abwechseln. Das Aufsuchen von Bestellungen beginnt bald nach Neujahr, für Massenartikel, welche für Großisten bestimmt sind, teilweise schon im Dezember, und die eingehenden Aufträge für die Reisezeit häufen sich gegen den Frühling hin immer mehr; dann tritt im Sommer wieder eine Abschwächung ein, um im Herbste neuem Andrang des Bedarfs für die Weihnachtszeit zu weichen. Dabei haben sich die beiden lebhaften Perioden zum größten Leidwesen der Fabrikanten auf eine immer kürzere Zeit zusammengedrängt, und dies hat zur Folge, daß zweimal im Jahre eine Reihe von Wochen angespanntester Inanspruchnahme der Arbeitsleistung eintritt, welche volle und Ueberbeschäftigung für alle nur irgend brauchbaren Arbeitskräfte mit sich bringt, während zweimal im Jahre eine längere Zeit hindurch die Nachfrage nach Arbeitsleistung mehr oder minder abflaut."

Auf eine irrtümliche Information beruht die Feststellung, daß Fabrikanten in den einzelnen Orten sich eines im festen Gehalte stehenden „Faktors" als Vermittler der Heimarbeit bedienen. Uns ist kein derartiger Fall bekannt. Demzufolge ist die Behauptung hinfällig, daß diese Art der Vermittelung den Heimarbeitern nur zum Nutzen gereicht. Wo in festen Bezügen stehende „Faktors", wie in Köppern i. T. oder in Künzelsau in Württemberg, vorhanden sind, ist ausschließlich Werkstattarbeit eingeführt. Dagegen haben eine große Anzahl Zwischenmeister Arbeit auf Akkord übernommen, die sie gegen einen niedrigeren Lohn an Heimarbeiter weitergeben. Hierzu bemerkt der Verfasser: „Dieses System bringt den Nachteil mit sich, daß zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter ein Vermittler steht, welcher neben dem Lohn für seine Tätigkeit auch Unternehmergewinn aus der Vermittelung hat, diesen aber nicht vom Arbeitgeber, sondern als Lohnanteile seiner Hilfskräfte bezieht. Die gewerkschaftliche Organisation steht deshalb auch der nach ihrer Ansicht in raschem Wachstum begriffenen Entwickelung auf dem Gebiete der Lederwaren-Heimindustrie in dieser Richtung durchaus feindlich gegenüber, und an ihren bei den neuen Tarifverhandlungen mit dem Verband deutscher Lederwarenindustrieller gestellten entsprechenden Forderungen wäre die Einigung beinahe gescheitert. Eine volle tarifliche Gleichstellung der Zwischenmeister-Werkstattarbeit mit der Fabrikarbeit konnte von den Unternehmern nicht zugestanden werden, weil erstere sonst zum Absterben gebracht und damit die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Lederwarenindustrie für den Weltmarkt, namentlich in Stapelwaren, in Frage gestellt worden wäre."

Die Arbeiterschaft ist auch deshalb Gegner der Arbeitsvergebung durch Zwischenmeister, weil ihr die Möglichkeit genommen ist, wegen zu niedriger Entlohnung und Tarifverstöße an den eigentlichen Unternehmer sich zu wenden. Diese geben allen Beschwerden mit der Ausrede entgegen, die Akkordsätze sind so bemessen, daß die Zwischenmeister eher zu viel als zu wenig verdienen. Auf die Einhaltung der Tarifbestimmung wollen sie im eigenen Profitinteresse keinen Druck ausüben.

In den städtischen Zwischenmeisterbetrieben beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 54 Stunden, in den ländlichen 57 Stunden, wohingegen nach den statistischen Nachweisungen die Heimarbeiter 58½ Stunden wöchentlich arbeiten. Soweit wir unterrichtet sind, dürften diese Angaben in den meisten Fällen unzutreffend sein. Im Gegensatz zu dem Verfasser sind wir der Ansicht, daß auch dem Einzelheimarbeiter, soweit er nicht aus sich selbst heraus eine festumgrenzte Arbeitszeit einzuhalten gewillt ist, die Maximalarbeitszeit vorgeschrieben werden muß.

Von 643 Heimarbeitern verfügen 462 über einen besonderen Arbeitsraum, in 179 Fällen wurde im Wohnzimmer gearbeitet und nur

zweimal (?) diente der Arbeitsraum auch zu Schlafzwecken. Wer die Verhältnisse kennt, wird diese Angaben in starken Zweifel ziehen, ebenso die Behauptung, der Portefeuiller kommt aus dem aus der Heimarbeit fließenden Verdienst nach und nach zu Grundeigentum und wird dadurch seßhaft. Seßhaft wird der heimarbeitende Portefeuiller, weil sich ihm außerhalb des Offenbach-Frankfurter Gebietes nur noch in Berlin Arbeitsgelegenheit bietet. Wenn es in ganz vereinzelten Fällen vorkommen mag, daß ein Heimarbeiter Grundeigentum erwirbt, so liegt noch lange kein Grund vor, zu schreiben, daß sich viele Heimarbeiter in „behäbigen" Eigentumsverhältnissen befinden. Auch hier trifft das Wort Heinrich Heines zu:

Wer nichts erheiratet oder erbt,
Der bleibt ein Lump, bis daß er stirbt!

Nicht den Heimarbeitern ist die Heimarbeit zum Vorteil, sondern den Grossisten und sogenannten Fabrikanten, die es ihnen ermöglicht, ohne Fabrikbetrieb ein lohnendes Geschäft in Lederwaren zu machen.

Bezüglich der Wohnverhältnisse ist besondere Dürftigkeit nirgends nachgewiesen. „Knappheit und Niedrigkeit der Räume wechselt aber mit Auskömmlichkeit und Behaglichkeit ab. Bei einer Bereisung eines Teiles des Ausstellungsbereiches wurden in drei besonders ausgeprägten Lederheimarbeitsorten photographische Aufnahmen von Wohnstätten gemacht und zwar je eine dürftiger, je eine mittlerer und je eine behäbigerer Art. Auch die drei ersteren Fälle konnten nur als verhältnismäßig dürftig aufgefaßt werden; ungenügend waren auch sie nicht zu nennen. Zu besonderen Maßregeln für die Heimarbeit in bezug auf die Wohnverhältnisse liegt kein Anlaß vor. Soll in dieser Hinsicht etwas geschehen, so könnte nur ein allgemein gültiges Reichswohngesetz befürwortet werden."

Der letzte Satz gibt zu Denken Anlaß und soll doch wohl weiter nichts besagen, als daß hier doch sehr vieles reformbedürftig ist.

„Die Krankenversicherung der in der Lederwarenheimarbeit beschäftigten Arbeitskräfte ist teils zwangsweise und im übrigen so ziemlich allgemein freiwillig zur Durchführung gebracht. Die vom Arbeitgeber direkt beschäftigten Heimarbeiter sind für die Städte Offenbach und Frankfurt a. M. durch Ortsstatut gleichfalls der Versicherungspflicht unterworfen. Im ganzen Ausstellungsbereiche hat die Buchbinderkrankenkasse großen Anhang freiwillig versicherter Lederwarenheimarbeiter. Auch eine Versicherungspflicht aus dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze liegt nur für die Hilfskräfte von Heimarbeitern oder Zwischenmeistern, nicht aber für die unmittelbar vom Unternehmer beschäftigten Heimarbeiter vor, da diese als „Heimarbeiter" im oben gekennzeichneten engeren juristischen Sinne nicht gelten. Durch Vereinbarung zwischen dem Fabrikantenverein und der Arbeiterorganisation war der Versuch gemacht worden, diese Arbeitskräfte ebenfalls in die Invalidenversicherungspflicht einzubeziehen; doch wurde von der Landesversicherungsanstalt gegenteilig entschieden. Man ist deshalb beim Abschluß des neuen Tarifvertrages übereingekommen, gemeinsam die Ausdehnung der Versicherungspflicht aus dem Invaliden- und Altersversicherungsgesetze auf die gesamte Heimarbeit in der Lederwarenindustrie durch Bundesratsbeschluß in Antrag zu bringen."

Daß eine Abwägung der sozialen Vorteile der Lederwarenheimarbeiter die volle Gleichberechtigung dieser Arbeitsform mit der Fabrikarbeit ergeben, dürfte nicht nur der Widerspruch in unseren eigenen Reihen hervorrufen. Von der Ansicht ausgehend, daß die Heimarbeit den Unternehmern es erleichtert, die Arbeitskraft des von ihm Beschäftigten besser auszunützen, ohne sozialgesetzgeberische Pflichten zu haben, wird immer und immer für die Arbeiter Grund sein, gegen diese Arbeitsform anzukämpfen. Wenn wir uns vorerst darauf beschränken, die schlimmsten Auswüchse auszumerzen, so lassen wir uns dabei von dem Gedanken leiten, daß diese Auswüchse es in erster Linie sind, die die Unternehmer veranlassen, die Heimarbeit auszudehnen und die Fabrikarbeit einzuschränken. Zu unserem Vorgehen zwingt uns noch der Umstand, daß die Heimarbeiter trotz ihrer unbegrenzten Arbeitszeit und durch Zuhilfenahme billiger Hilfskräfte durchschnittlich einen niedrigeren Wochenverdienst auf die gleichen Artikel erzielen als in Fabriken Beschäftigte. Wie aus den 677 Arbeitnehmerfragebogen festgestellt werden konnte, betrug der Nettoverdienst 22 Mk. für die Arbeitswoche. Dabei ist jedoch der besonders lebhafte Geschäftsgang der letzten Jahre zu berücksichtigen und auch zu beachten, daß in den für die Durchschnittsberechnung maßgebend gewesenen Wochenverdiensten wohl auch solche von Heimarbeitern enthalten sind, welche mit Hilfskräften arbeiten und somit in gewissem Sinne auch Unternehmergewinn enthalten. Laut Tarifvertrag muß den Heimarbeitern für den gleichen Artikel der gleiche Lohnsatz wie den Fabrikarbeitern gezahlt werden. Letztere sollen nun aber wöchentlich nicht weniger als 30 Mk ausgezahlt erhalten; der Durchschnittsverdienst der Fabrikarbeiter liegt also, da es sich bei dieser Tarifbestimmung um eine Mindestentlohnung handelt, höher und wohl auch im allgemeinen etwas höher als der Durchschnittslohn eines gleich tüchtigen Heimarbeiters.

Beachtenswert sind noch die Ausführungen über die gewerkschaftliche Organisation der heimarbeitenden Portefeuiller:

„Die gewerkschaftliche Organisation hat im Bereiche der Lederwarenheimarbeit wie der Lederwarenfabrikarbeit festen Fuß gefaßt und große Ausdehnung gewonnen, so daß man die Mehrheit der beschäftigten Arbeitskräfte als organisiert betrachten kann; insoweit sie nicht beitragleistende Mitglieder sind, hat man es doch fast ausschließlich mit freiwilligen oder durch die Verhältnisse gezwungenen Mitläufern zu tun, die überwiegende Mehrheit der Organisierten und ihrer Mitläufer folgt der Fahne des Portefeuiller- und Sattlerverbandes; eine Minderheit hält zum Verband christlicher Lederarbeiter. Genossenschaftliche Zusammenfassungen gibt es nicht. Den Gewerkschaften steht geschlossen die Vereinigung der Lederwaren- und Reiseartikelfabrikanten gegenüber, welcher auch eine Anzahl Grossisten angehört. Die beiderseitigen Organisationen haben, wie erwähnt, bereits im Jahre 1905 einen Tarifvertrag abgeschlossen, der zum 1. Juli 1908 auf drei Jahre erneuert worden ist. In diesen Tarifvertrag ist durch eine Reihe von Bestimmungen auch die Heimarbeit einbezogen. In den Grundzügen übereinstimmende Tarifverträge sind auch für Berlin und Stuttgart abgeschlossen worden. Von dem weiteren Zusammenarbeiten dieser Faktoren ist für die Hebung der Lage der Heimarbeiter Gutes zu erwarten, und diese gemeinsame Tätigkeit wird um so reichlichere und erfreulichere Früchte tragen können, wenn man auf beiden Seiten die Wahrung der gemeinsamen Interessen der Lederwarenindustrie zur alleinigen Richtschnur nimmt, und bei der Arbeit jeden Einschlag politischen Scharfmachertums auf beiden Seiten sorgsam vermeidet!"

Sehen wir von einigen rosigen Schilderungen des Verfassers ab und halten wir an der Auffassung fest, daß die Heimarbeit geeignet ist, den Fabrikanten und Grossisten ein lohnendes Geschäft zu sichern, so gibt diese Monographie ein typisches Bild der Portefeuillerheimarbeit. Gewiß liegen die Arbeitsbedingungen hier nicht so schlecht wie in der Zigarren-, Textil- und Konfektionsindustrie. Daß dies der Fall ist, ist einzig und allein dem Umstande zu danken, daß die Organisation der Portefeuiller frühzeitig genug eingegriffen hat, um einer Verelendung energisch entgegen zu wirken. Ein Grund mehr, daß unsere heimarbeitenden Kollegen sich nicht in Zufriedenheit wiegen. Gewiß ist der Wochendurchschnittsverdienst von 22 Mk. bei einer 58½stündigen Arbeitswoche höher als er vor dem Vorhandensein der gewerkschaftlichen Organisation war, aber noch lange nicht hoch genug, um jeden Heimarbeiter es zu ermöglichen, an den Kulturfortschritten der Neuzeit teilzunehmen. Eine Lehre für alle Portefeuiller, sich noch fester an den Verband der Sattler und Portefeuiller zu fesseln, welcher allein geeignet ist, die Berufs- und Lebensinteressen aller Kollegen und Kolleginnen zu wahren.

Ein Lied vom Streikbrecher.

Was ist ein Scab?*) Ein Kerl mit scheuem Blick,
Mit einem Blick, drin Angst und Tücke nisten;
Als fürze eine Faust ihm im Genick,
Schleicht er dahin, geschützt von Polizisten.

Was will ein Scab? Für einen Hundelohn
Kampfmüde Streiter um den Sieg betrügen
Und als der Knechtschaft allerfeigster Sohn
Sich jedem Druck und jeder Frechheit fügen.

Was kann ein Scab? Demütig und gebückt
Vor seines Sklavenvogtes Peitsche kuschen
Und, da ihm niemals gute Arbeit glückt,
Durch seine Blödheit jedes Werk verpfuschen.

Zur Hölle, Scab, mit Dir! Doch sei voll Ruh',
Zur Hölle fährst Du nicht; wirst Du begraben,
Wir wissen es: Mit einem Schuft, wie Du,
Will selbst der Teufel nichts zu schaffen haben!

Flamingo.

*) Sprich: Skäb. Bezeichnung der nordamerikanischen Arbeiter für einen Streikbrecher.

Unangenehme Notwendigkeiten.

Was besondere Bedenken bei der Verschmelzung erweckte, ist die erhöhte Beamtenzahl. Einer der am meisten gebrauchten Gründe für die Verschmelzung von Fachverbänden ist die Verbilligung der Verwaltung. Davon kann in dem neuen Verbande vorläufig noch keine Rede sein. Wenn ich richtig rechne, haben wir jetzt 15 festbesoldete Beamte. Daß es im Offenbacher Industriegebiet nicht unter vier Beamte ging, ist bedauerlich. Gewiß, die Verhältnisse sind dort ganz eigenartig gelagert und die Kollegen aus dem Anschlägerbezirk wären wohl kaum damit einverstanden gewesen, wenn man nicht einen der ihren auf den Posten gestellt hätte, der vielleicht nötig geworden ist angesichts der Mißstände, die das Zwischenmeistersystem gerade hier gezeitigt hat. Ebenso erscheint mir die Notwendigkeit mancher festbesoldeten Gauleiters nicht immer erwiesen. Nun sind ja allerdings zwei Tatsachen zu berücksichtigen. Zunächst die verminderte Lust unserer Kollegen — und das ist ja keine Spezialität unserer Kollegen — größere Arbeiten für die Organisation unentgeltlich zu machen. Man kann das bedauern, es ist aber nun einmal nicht anders. Das kann man überall, in allen Organisationen und in allen Ländern beobachten, daß mit dem Erstarken der Organisation, vornehmlich jedoch mit ihren Erfolgen, sich das Bestreben geltend macht, zur Ausführung besonders der schriftlichen Arbeiten, die immer mehr mechanische werden, besoldete Beamte anzustellen. Solange die Arbeitszeit eine zehn-, elfstündige oder noch längere ist, solange die Löhne niedrig und ungeregelt sind, solange man riskiert auf das Pflaster zu fliegen, wenn man sich öffentlich für die Arbeiterbewegung betätigt, wird man verhältnismäßig leicht Kollegen finden, die gern sich eine Verlängerung ihrer langen Arbeitszeit aufbürden, ihre Stellung riskieren, materiell sich schwer schädigen, um für die Bewegung tätig zu sein.

Tritt die Organisation aus dem Stadium der Agitation in das der Realisation, dann ändert sich das gründlich. Und das erklärt sich, so widerspruchsvoll es scheinen mag, dadurch, daß der Arbeiter, der nur neun Stunden täglich arbeitet, seine Arbeitskraft und seine freie Zeit viel höher bewertet wie der, der zwölf Stunden arbeitet. Und da eine Organisation in diesem Stadium auch finanziell gekräftigt ist, die Mitglieder weit höhere Beiträge zahlen, ziehen diese vor, einen der ihren zu besolden und ihm alle die Arbeiten zu übertragen, die früher drei oder vier in ihrer freien Zeit gemacht haben. Zugleich vollzieht sich aber auch eine riesige Steigerung der Organisationsarbeiten. Die Vorbereitung von Tarifverträgen, ihre Ausarbeitung und Durchführung bringt eine vorher nicht gekannte Arbeitslast. Die Einführung von Arbeitslosen-, Kranken-, Umzugs-, Reise-, Notfall-, Sterbe- und Maßregelungsunterstützung bringt eine noch größere Arbeitshäufung. Die Unterstützungseinrichtung

hat u. a. die Unannehmlichkeit, daß sie den angestellten Kollegen eine mechanische und durch ihre Vielseitigkeit nervenzerstörende Arbeitslast aufbürdet, in ihnen alle Initiative ertötet und den weiten Blick für das Ganze nimmt. Wenn man sich begnügte, Schreiber anzustellen, wäre das anders. Man stellt aber Agitatoren an und macht sie dann zu Schreibmaschinen. Man klagt so häufig über die „bureaukratischen Anschauungen", die sich in der Arbeiterbewegung immer mehr geltend machen. Das ist aber nur die fatale Wirkung des Systems, daß man die Organisationsleiter wie überhaupt die zur Agitation am meisten befähigten Kollegen zu Schreibern macht. Das hat aber auch noch die schlimme Wirkung zur Folge, daß die Verwaltungskosten der Kranken- usw. Versicherung sehr verteuert werden. Ein verheirateter Arbeiter ist heute durchschnittlich dreimal gegen Krankheit versichert: in der obligatorischen Kasse, in einer freien Hilfskasse und in seiner Gewerkschaft. So muß die Arbeit, die einmal gemacht werden könnte, dreimal und manchmal auch öfter gemacht werden. Daran ist bei unserer Versicherungsgesetzgebung vorläufig nichts zu ändern. Es müßte aber darauf hingearbeitet werden, daß es den Versicherten möglich gemacht wird, in einer, und zwar der obligatorischen Kasse sich so hoch zu versichern, daß sie im Krankheitsfalle eine Unterstützung beziehen, die mindestens ihrem Lohne gleichkommt. Nur dadurch könnte eine Verbilligung der Verwaltung herbeigeführt werden.

Etwas anderes ist es mit der Arbeitslosen-, Maßregelungs- und Streikunterstützung. Das sind speziell gewerkschaftliche Gebiete, die nur von Gewerkschaftsorganisationen wirksam und praktisch durchgeführt werden können. Aber auch hier könnte eine Verbilligung geschaffen werden. Der Gedanke, den ich hier entwickeln will, wird manchem „utopistisch" erscheinen, obzwar wir ähnliches auf anderem Gebiete bereits besitzen. Wir haben z. B. gemeinsame Arbeitersekretariate, gemeinsame Gewerkschaftshäuser, Bibliotheken und Herbergen. Es würde zweifellos zu einer erheblichen Vereinfachung führen, wenn wir die Handhabung der Unterstützungseinrichtungen gleichfalls gemeinsam führen würden. Gewiß, das setzt einen hohen Entwickelungsgrad der Gewerkschaften voraus, den aber meines Erachtens heute schon ein sehr großer Teil der Gewerkschaften erreicht hat. Es können dabei sehr wohl, wie das ja auch jetzt schon in den einzelnen Gewerkschaften der Fall ist, verschiedene Unterstützungssätze berücksichtigt werden. Die Beiträge zur gemeinsamen Versicherungskasse würden von den Zentralkassen der Gewerkschaften abgeführt werden, so daß eine doppelte Beitragszahlung der Mitglieder vermieden werden kann. Es könnte den Gewerkschaften freigestellt werden, ihre Mitglieder nur für einen gewissen Versicherungszweig zu versichern. Dieses System, das wir, wie gesagt, teilweise schon auf dem Gebiete der Arbeitersekretariate, Unterrichtskurse, Gewerkschaftshäuser usw. verwirklicht haben (eine ähnliche Einrichtung in kleinem Maßstabe stellt die Unterstützungsvereinigung der in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten dar), würde nicht nur eine Vereinfachung und damit Verbilligung der Verwaltung im Gefolge haben, sie würde den Gewerkschaftsbeamten erst ermöglichen, sich ihren eigentlichen Aufgaben ganz zu widmen. Das ist eine Anregung, die natürlich weit über den Rahmen unserer Organisation hinausgeht, und ich behalte mir auch vor, darauf an anderer Stelle nochmals zurückzukommen. Ich hielt es jedoch für notwendig, alle die Ursachen zu erörtern, die zu der, ich möchte sagen, beängstigend großen Zahl von Beamten geführt haben. Es genügt eben nicht, etwas, was man als Uebelstand empfindet, zu kritisieren, man muß sich die Ursachen klar machen und — wenn man das kann — Verbesserungsvorschläge machen.

Es ist ja zweifellos, daß viele Kollegen, wenigstens bei den Portefeuillern, zunächst die Unzufriedenen spielen werden. In einer Organisation von mehr als 10 000 Mitgliedern, die Berufe von dörflerischem Handwerkertum bis zur höchsten Potenz kapitalistischer Entwickelung umfaßt, beschwert mit den komplizierten Erscheinungen der Heimarbeit und des Zwischenmeistersystems, können nicht alle lokalen und Berufseigenarten berücksichtigt werden. Da ist es notwendig, daß man nicht alles von den Verbandseinrichtungen erwartet, sondern selbst Hand anlegt. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte besitzt eine Organisation von 10 000 Mitgliedern eine ganz andere Stoßkraft wie eine Organisation mit 3000 bis 4000 Mitgliedern. Und darauf kommt es schließlich bei einer Gewerkschaft an.

J. S. . . . r.

Erklärung.

In Nr. 29 unserer Zeitung sind in dem Artikel „Die Militärsattlerbewegung in Bayern" einige Sätze enthalten, die den Tatsachen direkt entgegenstehen und deshalb unserer Sache nur schaden können.

Wir erklären:

Die Gauleitung sowie die Ulmer Ortsverwaltung haben sich bemüht, einen Vertreter der Zentralattestkommission zu den Verhandlungen hinzuziehen, aber ohne Erfolg.

Es bestand die Gefahr, daß bei Eckhard sowohl wie bei Römer ein schriftlicher Vertrag zustande gekommen wäre, auf dessen Gestaltung weder die Organisation am Ort (oder die Gauleitung), noch viel weniger die Zentralattestkommission irgendwelchen Einfluß gehabt hätte.

Daß der abgeschlossene Tarif noch lange nicht das ist, was er sein soll, weiß die Gauleitung ebenso als die Münchener Kollegen wissen müssen, daß die Kleinheinzschen „Erklärungen" mehr als Kautschuk sind. Aber hier wie dort ist es doch sicher verfehlt, davon zu reden, daß man „hintenherum" einen Tarif abgeschlossen habe zunutzen der Fabrikanten.

Auch jetzt noch ist die Gauleitung (alte und neue) der festen Ueberzeugung, daß der Abschluß in Ulm infolge gegebener Verhältnisse nicht anders möglich war. Daß trotz dieses Abschlusses die Arbeitsbedingungen in Ulm teilweise schlechter sind als an einigen anderen Orten, werden wir solange nicht bestreiten, als nicht unsere weitergehenden Wünsche seitens der dortigen Fabrikanten erfüllt werden. Das wird dann eher möglich werden, wenn man mit derartigen Vorwürfen gegen die organisierten und leitenden Kollegen etwas vorsichtiger ist. Zum Mindesten wäre es angezeigt, wenn unsere Redaktion Unterstellungen, wie sie der angezogene Schlußsatz des Münchener Artikels enthält, nicht ansehen durchgehen ließe.

Die Gauleitung des Gaues Stuttgart.
J. Flg. K. Kärcher. M. Garde. C. Märkle.

Anm. d. Red. Der Münchener Artikel wurde der in Frage kommenden Körperschaft (hier die Tarifkommission) vorgelegt und blieb unbeanstandet. Der Schlußsatz aber, ja der gäbe zu Bedenken Anlaß, wenn er so gemeint wäre, wie ihn die Gauleitung Stuttgart auffaßt. Schon der Verfasser des Münchener Artikels ist uns Gewähr genug dafür, daß mit dem Satze nicht gesagt werden sollte, daß die Ulmer Kollegen bewußt die Geschäfte der Fabrikanten besorgt hätten. In der Form ist der Schlußsatz ein Lapsus des Artikelschreibers, der ungewollt als Ursache hinstellt, was sicher nur als Wirkung gedacht war.

Vierte Sitzung des Schiedsgerichts für das Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe Berlins.

H. W. Unter dem Vorsitz des Herren Magistratsrats v. Schulz tagte am 2. November das Schiedsgericht für das Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe zum vierten Male im Sitzungssaale des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Als Beisitzer fungierten die Herren Fabrikanten A. Pahl und Birk, der Portefeuiller J. Hoffmann und der Reiseartikelsattler F. Voß. Die beiderseitigen Organisationen waren durch den Fabrikanten Herrn E. Große einerseits, E. Schulze und H. Weinschild andererseits vertreten.

1. Schon die Spruchsitzung vom 7. September d. J. beschäftigte sich mit der Maßregelung des Koffer-arbeiters W. bei der Firma A. Lerch. Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde. Die Kofferfabrik A. Lerch reduzierte den Arbeitslohn einer bestimmten Sorte Bügelkoffer um durchschnittlich 1,20 Mk. pro Stück. Der Arbeiter W. führte deshalb berechtigte Beschwerde und wurde kurz darauf entlassen. In dieser Entlassung wurde um so mehr eine Maßregelung erblickt, da andere Arbeiter zu dieselben Artikel, die W. bisher anfertigte, Ueberstunden leisten mußten und die Firma mit einem Arbeiter einen „Privatvertrag" abschloß, in welchem anstatt 47½ Pf. Mindeststundenlohn nur 45 Pf. vereinbart worden sind. Die Firma glaubte sich zu diesem Verfahren berechtigt, erstens weil der betreffende Arbeiter minder leistungsfähig sein soll, zweitens weil sie aus der Unternehmerorganisation ausgetreten ist, um sich so der tariflichen Verpflichtungen zu entledigen. Die Firma zahlte im Vergleichswege dem W. die geforderte, aus der Lohnreduzierung entstandene Differenz von 18,25 Mk., verspricht aber, den W. gemaßregelt zu haben. Es wurde beschlossen, den Werkführer Schlüter in einem noch anzuberaumenden Termin zu vernehmen und Beweis darüber zu erheben, ob dem W. bewernde Arbeit versprochen worden sei. In der Verhandlung vom 2. November gibt der Werkführer Schlüter an, wohl dem W. Arbeit auf so lange Zeit versprochen zu haben, als solche vorhanden ist. Da aber das Bügelkofferlager überfüllt sei, konnte W. nicht mehr beschäftigt werden. Daß Hemmerweiler eingestellt wurden, bestreitet der Zeuge nicht, auch das nicht, daß auch der Entlassung W.s Ueberstunden gemacht wurden. Doch hier handle es sich um Ausnahmearbeiten. Auf keinen Fall steht die Entlassung in Zusammenhang mit der Beschwerde wegen der Lohnreduzierung. Eine solche Behauptung, sagte er, ist eine „gemeine Lüge". Wegen dieses Ausdrucks ermahnte der Herr Vorsitzende den Zeugen, sich gemäßigt zu betragen, wie er auch genötigt war, den Herrn Lerch ebenso, wegen seiner hier nicht wiederzugebenden Ausdrucksweise zurechtzuweisen. Nach 3stündiger geheimer Beratung machte der Vorsitzende einen Vergleichsvorschlag, der auch akzeptiert wurde, wonach die Firma den Betrag von 26,50 Mk., gleich einem Durchschnittswochenverdienst, an den Vertreter der Arbeiterorganisation zu zahlen hat.

In der Zeit, als das Schiedsgericht sich zur Beratung zurückgezogen hat, wurden zwischen der Firma und den Organisationsvertretern Privatverhandlungen dahingehend gepflogen, die aus dem „Privatvertrage" entstandene Differenz zwischen dem tariflichen Lohn von 47½ Pf. und dem gezahlten von 45 Pf. nachzuzahlen: Die Firma erklärte sich bereit, aus ihren Büchern die Differenz festzustellen und dem Arbeiter zu verabfolgen.

2. Entgegen dem § 8 Abs. 5 des Tarifvertrages beschäftigte die Firma Lütges u. Co. den Zwischenmeister Stephan. Der Klageantrag geht dahin, das Schiedsgericht möge die Firma verurteilen, den Zwischenmeister zu entlassen, und, weil Böswilligkeit angenommen werden muß, die Firma in eine Strafe von 200 Mk. zu nehmen. In der Sitzung vom 7. September bestritt der Firmenvertreter Herr Rüde, daß St. Zwischenmeister sei, vielmehr ist er als selbständiger Fabrikant zu betrachten. Von dem Organisationsvertreter Schulze wurde festgestellt, daß St. tatsächlich als Zwischenmeister eingestellt sei. Erst an dem Tage, an dem er bei der Firma in seiner Eigenschaft als Arbeitnehmerobmann vorstellig geworden ist, habe die Firma das Verhältnis in der Weise geändert, als sie bei Bügel- und anderen Lieferanten für St. „gut" sagt, aber das Leder muß er von der Firma entnehmen. Es wurde nun beschlossen, Beweis zu erheben, ob St. als Fabrikant zu betrachten sei. Zu diesem Zweck soll St. selbst vernommen werden. In der Verhandlung am 2. November bestätigte St. die arbeiterseits gemachten Behauptungen. Trotzdem will er als Fabrikant betrachtet werden, weil er selbst Bügel, Kattun, Papier, Watte usw. kauft. Auch liefere er für einzelne Buchbindergeschäfte Lederwaren, die er teils selbst anfertige, teils kaufe. Dem Organisationsvertreter Weinschild war es ein Leichtes nachzuweisen, daß diese Manipulationen der Firma Lütges u. Co. nur die Umgehung der tariflichen Bestimmungen verschleiern sollen. Abgesehen davon, daß St. noch für drei andere Firmen als Zwischenmeister tätig ist, kann mit jedem Bügel-, Papier- und Kattunlieferanten vereinbart werden, einer bestimmten Person Bügel usw. auszuhändigen, wenn am letzten Ende die Firma sich verpflichtet, die Rechnungen zu begleichen. Bezeichnend ist, daß die Firma sich das Recht der Lederlieferung vorbehalten hat. Denn nur beim Lederein kauf ist es möglich irgendwelche Vorteile zu erzielen oder Risiken zu tragen. Zu einem Gros Taschen gehören 144 Bügel, ebenso lassen sich mit Ausnahme des Leders alle anderen Zutaten aufs genaueste berechnen. Der Charakter eines Zwischenmeisters wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß der Betreffende ausnahmsweise auf eigene Rechnung Ware herstellt oder wiederverkauft. Dieser mißliche Umstand ist leider vielfach zu beobachten, und sollte er bei der Beurteilung der vorliegenden Frage ausschlaggebend sein, so muß gesagt werden, daß die meisten Berliner Zwischenmeister „Fabrikanten" sind und deren Zulassung zur Beschäftigung nicht unter den § 8 des Tarifvertrages fällt.

Herr Kade will den St. als Fabrikanten behandelt wissen.

Die 3stündigen Verhandlungen des Schiedsgerichts drehten sich weniger darum, ob St. Zwischenmeister ist, als darum, ob das Schiedsgericht Strafen verhängen darf. Das Urteil ging dahin: Stephan ist als Zwischenmeister im Sinne des Vertrages anzusehen. Die Firma Lütges wird verpflichtet, ihn innerhalb acht Tagen zu entlassen. In jedem Falle des Zuwiderhandelns hat die Firma 100 Mk. Strafe zu zahlen.

3. Auf Grund des eben gefällten Urteils wurde von dem Arbeitnehmervertreter Schulze beantragt, die Firma Lütges u. Co. zu verurteilen, den Zwischenmeister Neumann sofort zu entlassen, im Weigerungsfalle aber die Firma zu 100 Mk. Geldstrafe zu verurteilen. Ohne sich zur Beratung zurückzuziehen wurde vom Schiedsgericht dem Antrage stattgegeben und muß die Firma Lütges den Lehmann sofort entlassen.

Nach Fällung dieser Urteile fragte Herr Kade an, wie er sich vor Verurteilungen und Schaden bei Einstellung von Heimarbeiternichtzeichnern? Arbeitnehmervertreter Schulze gab ihm den Rat, jeden neueinzustellenden Heimarbeiter einen Revers unterschreiben zu lassen, daß er keine Hilfskräfte beschäftigt, dann unserer Ortsverwaltung Mitteilung von jeder Einstellung eines Heimarbeiters zu machen, welche nachkontrollieren wird, ob der Revers wahrheitsgemäß unterschrieben ist. Herr K. verpflichtete sich demgemäß verfahren zu wollen.

4. Zum ersten Male wurde auch unternehmerseits eine Klage beim Schiedsgericht eingereicht, die aber überflüssig war, weil von dem Arbeitnehmerelement der beschwerdeführenden Firma bedeutet wurde, daß sie im Rechte sei und unsererseits auch auf die Arbeiter in diesem Sinne eingewirkt wird. Es handelt sich nämlich um folgenden Tatbestand:

Die Firma S. Hirsch will an Stelle der bisherigen Stundenentlohnung das Akkordlohnsystem einführen. In einer Werkstattbesprechung wurde ein Beschluß gefaßt, wonach sich die Arbeiter dagegen wehren und Akkordarbeit verweigern wollen. Sie stützen sich bei diesem Beschluß auf den § 13 Abs. 2 des Tarifvertrages, welcher lautet: „Bestehende bessere Arbeitsverhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden."

Herr Große ersucht das Schiedsgericht, einen Beschluß herbeizuführen und im Prinzip festzulegen, ob und inwieweit die Arbeitnehmer berechtigt sind, sich auf diesen Paragraph zu stützen und Akkordarbeit zu verweigern. Arbeitnehmervertreter Schulze verteidigte den Standpunkt der Arbeiter, gab aber die Erklärung ab, daß auf Grund des Tarifs die Organisation gegen die Einführung der Akkordarbeit nichts einwenden kann. Weinschild führte u. a. aus, wenn die Firma die Einführung der Akkordarbeit dazu benutzen würde, die Arbeiter niedriger als bisher zu entlohnen, so stehe den Arbeitern unzweifelhaft der Schutz des § 13 des Tarifvertrages zu. Herr Hirsch gab die Erklärung zu Protokoll, daß keiner seiner Arbeiter durch die Einführung des Akkordsystems Einbuße an seinem Verdienste haben soll. Im Gegenteil, die Löhne sollen in Gemeinschaft mit den Arbeitern so festgesetzt werden, daß sie mehr als bisher verdienen. Nach diesen Ausführungen erklärten die Arbeitervertreter, gegen die Einführung der Akkordentlohnung nichts einzuwenden. Auch wollen sie auf die Arbeiter in diesem Sinne einwirken.

Soziales.

Professor Adolf Wagner als Befürworter der Konsumvereine. In Nr. 524 des „Berliner Tageblattes" vom 15. Oktober finden wir einen Bericht über eine Versammlung des deutschen Frauenbundes in Berlin, vom 13. Oktober, in der Herr Professor Adolf Wagner über „Steuerpflicht als politische Pflicht" sprach. Uns interessiert aus dem Vortrage folgender Passus:

„Mit Recht werde nun geklagt, daß die Verteuerung weit über das Maß des Steuerzuschlags hinausgehe. Hier sollte das Publikum eingreifen und Widerstand leisten. ‚Man gründe Konsumvereine!' rief der Redner aus, ‚um die schamlose Ausbeutung des Publikums, die besonders von den Brauereien und Wirten versucht werde, zu verhindern.' Energisch forderte Professor Wagner auch die Einführung der Pfennigrechnung, dann würde die Steigerung auf ein rechtes Maß zurückgeführt werden. Für die Frau erwachse hier die Hauptaufgabe, sie solle den Mann in diesem Kampfe unterstützen."

Damit können wir schon einverstanden sein; allerdings mit der einen Einschränkung, daß das Gründen von Konsumvereinen überflüssig ist. Die Konsumenten brauchen sich nur den bestehenden Konsumvereinen anzuschließen, wenn sie die schamlose Ausbeutung bekämpfen wollen.

Aus unserem Beruf.

Entgegnung. In Nr. 30 der „Sattler- und Portefeuillerzeitung" vom 22. Oktober finden unsere Kollegen einen Aufsatz, betitelt: „Automobilgarnierung und deren Arbeitspreis". Dem Leser dieser Zeilen wird sich unwillkürlich die Frage auf, ob der Schreiber des genannten Artikels wirklich Automobilsattler ist.

Sehr interessant ist es überhaupt, jetzt nach fast zwei Jahren seine Eindrücke von der letzten Automobilausstellung, nach dazu in solch unzulänglicher Art und Weise, zu schildern. Näher darauf einzugehen erübrigt sich meines Erachtens vollständig. Was aber die so warm empfohlene Garnierung für kleine Limousinen anbelangt, ist es der Mühe wert, darauf zu reagieren.

Ein derartiger Ausschlag, wie er ja schon vom Schreiber des genannten Artikels angefertigt wurde, ist ebenfalls etwas Alltägliches. Ganz besonders aber verdient die Herstellung einer gesteppten Vorderwand besondere Beachtung. Eine solch umständliche, unsichere Bearbeitung ist wirklich nicht dazu angetan, sie der Oeffentlichkeit preiszugeben und zur Nachahmung zu empfehlen.

Was den Arbeitslohn für diese Garnierung anbelangt, läßt sich nichts Bestimmtes angeben, da dies ja von der Verarbeitung abhängt. Aber das Interessante ist, daß behauptet wird, in Berlin wird für das Anfertigen einer Plätonmatratze 18 Mk., dagegen in Süddeutschland nur 4,50 Mk. gezahlt. Kennen lernen möchte ich den Betrieb, der diesen Preis zahlt; nur ganz vereinzelt werden heute in Berlin für die genannte Arbeit 10–12 Mk. gezahlt.

Dem Schreiber scheint gar nicht bewußt zu sein, daß wir hier schon ein ganzes Jahr lang kämpfen, um nur die bestehenden Preise hochzuhalten, welche aber in keinen Einklang mit den von ihm angegebenen zu bringen sind. Unsere süddeutschen Kollegen müssen ja staunen, wenn sie derartiges lesen, und sich nun schleunigst nach Berlin begeben, um dort Matratzen zu garnieren, denn da verdienen sie ja ihr Geld spielend.

Ich glaube aber sagen zu dürfen: Ehe man solche irreführenden Behauptungen in die Welt schleudert, soll man sich doch erst selbst besser informieren. Solche Artikel sind wirklich nicht dazu angetan, Vorteile für die Kollegenschaft zu bringen; ebenso ist der Tarifkommission dadurch absolut nicht die Arbeit erleichtert. Empfehlen kann ich dem Schreiber des genannten Artikels, von weiteren Veröffentlichungen, wie er es geplant, abzusehen, um nicht sich selbst und die Berliner Automobilsattler bloßzustellen.

C. W.

Anmerkung der Redaktion: Der Verfasser des angegriffenen Artikels ist uns als älterer Wagensattler bekannt und müssen wir es diesem überlassen, hierzu das Notwendige zu sagen.

Dem Schreiber des heutigen Artikels aber möchten wir bemerken, daß es nunmehr seine Pflicht ist, durch gediegene Fachbeiträge für unsere Zeitung, an der fachlichen Belehrung unserer jüngeren Mitglieder mitzuhelfen. Wir begrüßen es daher, auf diesem Wege zu einer Adresse gelangt zu sein, die wir mit Hilfe der Aufforderung des Vorstandes zur Mitarbeit bisher nicht erlangt haben und wohl auch nicht hätten. Wir erlauben uns daher, diese Adresse unserer Mitarbeiterliste einzuverleiben.

Radiatax Portefeuillesfabrikant. Als gebildeter Mensch besonderer Güte hat sich der Portefeuillesfabrikant E. Heyne-Offenbach zu erkennen gegeben, als er eines Nachts eine Dame nach Hause begleitete. Einen Wächter der Wach- und Schließgesellschaft, der pflichtgemäß das Haus revidierte, stellte er zur Rede, was dieser hier tue. Der Wächter forderte ihn auf, das Haus zu verlassen, was Herr Heyne mit einem tätlichen Angriff beantwortete. Es entwickelte sich eine Keilerei, wobei der Wächter fürchterlich verhauen wurde. Der Fabrikant gebärdete sich wie rasend. „Kerl, ich mach' Dich kalt, Ihr Lumpenpack, Ihr Diebesbande," so tönte es aus dem Munde des gebildeten Herrn. Weiter rief er: „Ich stech' Dir die Leber ab." Als dann Schutzleute angekommen waren und den Wüterich aufforderten, den Säbel des Wächters zurückzugeben, erklärte er: „Den Säbel behalte ich, er mag ihn morgen bei mir holen. Wie kann der einen alten Offenbacher Berzer fortjagen usw." — Uns nimmt das Verhalten dieses Herrn durchaus nicht wunder. Die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter, die allerdings zum größten Teil unorganisiert sind, können ein Liedchen davon singen.

Entheim. Wie in Nr. 31 der „Sattler-Zeitung" bereits kurz angedeutet, haben in unserem Bezirk eine Anzahl Zwischenmeister den Tarif noch nicht unterschrieben. In Betracht kommen ausschließlich solche Betriebe, in denen die Arbeitskräfte gar nicht, oder nur teilweise organisiert sind. Vermerkt muß hierbei werden, daß ein Teil unserer organisierten Kollegen es mit ihren Pflichten gegen die Organisation absolut nicht genau nehmen, ja ihnen direkt entgegenwirken. Diesen Umstand nun benutzen die Herren Arbeitgeber und glauben, die Arbeiterschaft wird immer in ihrer Lethargie verbleiben. Doch gemach, auch hier wird durch intensive Agitation die gewerkschaftliche Organisation bald Fortschritte zeitigen, allem Wüten der Arbeiterfeinde zum Trotz. Wir wollen uns heute lediglich einmal mit den verschiedenartigen Gründen befassen, mit welchen die Herren ihren ablehnenden Standpunkt vertreten. So sagte uns Herr Mötter in Bergen: Er sei bei der Tarifbewegung 1905 von anderen Zwischenmeistern in den Fabriken denunziert worden, so daß es ihm schwer hielt, überhaupt noch Arbeit zu bekommen. In der Tat ist Mötters Betrieb um ¾ seiner damaligen Arbeitskräfte zurückgegangen. Bemerkt sei, daß Herr Mötter der Vorsitzende der 1905 gebildeten Meistervereinigung seligen Angedenkens war. Als solcher war er verpflichtet, mit der Arbeiterorganisation Verhandlungen zu pflegen, gerade auch im Interesse jener schäbigen Dunkelmänner, welche dann zu den Fabrikanten gingen und ihre Mehrforderungen dann begründeten, Mötter sei schuld, daß man mehr bezahlt werden müßte. Schon dieser eine Umstand beweist, welch erbärmliche Wichte und Schmarotzer sich unter den Zwischenmeistern befinden, und wie weit das Zwischenmeistertum davon entfernt ist, den Preisdrückereien einer profitgierigen Fabrikantenklasse entgegenwirken zu können. Nun verurteilen wir eine derartige schmutzige Handlungsweise mit Herrn K. auf das schärfste, erkennen auch gerne an, daß Herr Mötter immer einer derjenigen Zwischenmeister war, welcher seine Hilfskräfte etwas verdienen ließ, um so unbegreiflicher muß aber sein jetziges Verhalten erscheinen. Ist der Umstand, daß unter den Zwischenmeistern solche staatserhaltenden Elemente sind, wirklich ein Grund, gerechte Forderungen der Arbeiter nicht unterschriftlich anzuerkennen? Unseres Erachtens ist das Gegenteil das Richtigere, und ein gemeinsames Vorgehen, wie wir es seit jeher befürwortet, führt unbedingt eher zum Ziel, als gegenseitige Bekämpfung. Es ist doch wahrlich nicht damit getan, daß man sagt: Ich bezahle ja alles, was Ihr verlangt; nein, erst ein Vertragsverhältnis verpflichtet beide Teile, den Kampf gegen den gemeinsamen Feind aufzunehmen. Aber gerade das letztere ist der springende Punkt. Das will man auf seiten der Herren Zwischenmeister nicht, man will bei den Fabrikanten lieb Kind sein, alle Schuld auf den Verband schieben, und es diesem allein überlassen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das eben Gesagte trifft auch noch auf einige andere Zwischenmeister, wie z. B. auf Herrn Caspar Simon und Karl Simon zu. Auch diese bezahlen höhere Akkordlöhne. Doch die staffelweise Festsetzung unserer Wochenlöhne für weibliche Arbeitskräfte ist bei Herrn Caspar Simon das Stärnickel, das es ihm angetan; das würde ihm wöchentlich 3 bis 4 Mk. mehr kosten. Leider sind diese Arbeiterinnen nicht organisiert, und die dort beschäftigten Kollegen, die wohl teilweise organisiert sind, zeigen bedauerlicherweise so wenig Interesse an unserer Sache, daß ein Eingreifen der Organisation vorläufig nicht tunlich ist. Vielleicht bequemen sich diese Kollegen auf ihre Pflicht, wenn infolge der Konkurrenz in diesem Betrieb einmal Lohnkürzungen vorgenommen werden. Auch Herr Karl Simon erklärte: Ich unterschreibe nicht, ich habe ja keine organisierten Leute! Diese Erklärung mag der gesamten Kollegenschaft Bergens zeigen, wo der Hebel anzusetzen ist und welche Unterlassungssünden dort begangen wurden. Hoffen wir, daß es den vereinten Anstrengungen der gesamten Kollegenschaft bald gelingen wird, hier Remedur zu schaffen.

Rundschau.

Der Streik im Mansfelder Bergrevier dauert unverändert fort. Ein neuer Versuch der streikenden Arbeiter, den Frieden herbeizuführen, scheiterte an dem Widerstand der Direktion. Diese besteht auf ihrer Forderung der Entäußerung des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter. Sie fordert als Bedingung des Friedensschlusses, daß die Arbeiter ihre Verbandskarten zerreißen sollen. — Eine frechere Verhöhnung der Arbeiterrechte ist kaum denkbar. Mit vollem Recht wirft die „Hilfe" demgegenüber die Frage auf, „wie lange soll aber noch der Krieg wegen der intransigenten Haltung eines einzelnen Verwaltungsbeamten dauern?" Die Haltung dieses Beamten, des Direktors Vogelsang, ist nicht nur intransigent, sondern sie zeugt von einer flagranten Unfähigkeit, einen modernen Industriebetrieb mit zwanzigtausend Arbeitern zu leiten.

Unter der Arbeiterschaft beginnt nunmehr eine systematische Abwanderung Platz zu greifen. Bei der Streikleitung sind günstigere Arbeitsangebote, als sie die Mansfelder Gewerkschaft bietet, eingelaufen. Die unverheirateten Arbeiter wollen diese akzeptieren und im Laufe der kommenden Woche

abwandern, falls eine Einigung zuvor nicht zustande kommt. Dadurch werden zunächst zirka 1000 Arbeiter das Mansfelder Revier verlassen. So verlieren die Gruben ihre jüngeren, leistungsfähigsten Arbeitskräfte.

„Die Gewerkschaft" des Gemeindearbeiterverbandes bringt in der vorigen Nummer eine interessante Beilage, die einen Blick auf die Ausrüstung der Streikbrecher gestattet. Es werden die Mord- und Schlaginstrumente abgebildet, die während des Streiks der Kieler Gemeindearbeiter den Streikbrechern abgenommen wurden. Nicht weniger als 9 Gummischläuche mit den verschiedenartigsten „Einlagen", ein scharfgeschliffenes Messer sowie 5 Revolver und eine Anzahl Patronen sind den Streikbrechern abgenommen worden. Bei dieser Ausrüstung der Streikbrecher ist es kein Wunder, wenn bei Streiks Krawalle provoziert werden. Ueber die weitere Fürsorge für die Streikbrecher unterrichtet die betreffende Beilage ebenfalls. Wir finden da in Abbildung Spielkarten, Speisemarken, Rolltabak und Ansichtskarten, die ihnen vom Kieler Magistrat gespendet wurden.

Arbeiter-Dilettanten-Kunstausstellung. Berlin. Veranstaltet von Adolf Levenstein. Vom 4. bis 30. November. W., Potsdamer Straße 4, 12., 13. und 14. Januar 1910 Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Ausstellung zahlreich besucht wird, die mit so unendlicher Mühe und Liebe in die Wege geleitet wurde. Kann doch der Arbeiter daraus ersehen, welchen großen Wert es hat, wenn er seine Mußestunden in zweckdienlicher Weise ausfüllt. Die Beschäftigung mit der Kunst ist aber in hohem Maße geeignet, Geist und Seele des Arbeiters mit neuen Idealen zu erfüllen. Um den Kollegen den Zutritt zu erleichtern, ist der Eintrittspreis auf 25 Pf. festgesetzt. Unter den Ausstellern sind wohl fast alle Berufe vertreten, auch der unserige.

Korrespondenzen.

Ulm (E. 2. 11.). Am 23. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Unter Mitteilungen gab der Vorsitzende den Eingang des Berliner Berichts bekannt. Den Marktbericht gab Kollege Doppler. Als Wichtigstes ist demselben zu entnehmen, daß für die Streikenden in Schweden 906,60 Mk. eingegangen sind. Für diesen Winter wurde die Weiterführung des Vortragskursus von Dr. Duncker-Stuttgart beschlossen. Ferner findet ein Lichtbilder-Vortrag vom Schriftsteller Schwiegerhausen mit dem Thema: „Meine Reise durch Persien, das Gebiet der Bagdadbahn und Babylonien" statt. Unter Punkt 3 nahm die Versammlung Stellung zu dem Zeitungsartikel der letzten Nummer unseres Fachorgans, worin den hiesigen Kollegen der Vorwurf gemacht wurde, daß diese zugunsten der Fabrikanten mit denselben hintenherum Tarife abschließen. Der Vorsitzende schildert zur Orientierung der vielen zugereisten und neueingetretenen Kollegen den Verlauf der Bewegung und wies auf die schwierigen Verhältnisse dabei hin. Auch betonte er, daß wenn einmal Gauleiter (alt und neu) bei den Verhandlungen zugegen waren, und mit denselben abgeschlossen wurde, dieses nicht als Geheimniskrämerei betrachtet werden kann. Zugleich wurde die Eingabe des Tarifs in Berlin bemängelt. Wo bleiben hier die Beschlüsse der Militärsattlerkonferenz, da doch die Tarife der A. W. München bei zukünftigen Eingaben als Richtschnur dienen sollen? Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, 23. Oktober, tagende Mitgliederversammlung verwahrt sich entschieden gegen den uns in Nr. 29 der Zeitung von den Münchener Kollegen gemachten Vorwurf, daß die Ulmer Kollegen „hintenherum" Tarife abgeschlossen haben, noch zu dem, da die Tarifkommission ersucht wurde, einen Vertreter zu entsenden, diese es aber abgelehnt hat und die Preise für bayerische Arbeit offen gelassen wurden."

Bieber b. Offenbach (E. 1. 11.). Montag, den 25. Oktober, tagte in unserm Vereinslokal eine öffentliche Sattler- und Portefeuillerversammlung, in welcher der Vorsitzende Kollege Schmitt den Geschäftsbericht erstattete. Hierauf gab Kassierer Weigel den Kassenbericht vom dritten Quartal. Die Revisoren beantragten, da alles in bester Ordnung befunden worden war, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig geschieht. Sodann begann der Vortrag unseres Gauleiters Kollegen Höf über: „Kapitalistische Wirtschaftsweise und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiter". Redner streift die Zustände der Menschheit in früheren Zeiten, wo alles noch allgemeines Besitztum war und erst später, als das Privateigentum zur Geltung kam, wurde die Ausbeutung der Besitzlosen zur Tatsache. Auch das Mittelalter, in welchem die Unterjochung und Leibeigenschaft in immer krasseren Formen auftritt, wird trefflich geschildert. Durch die Bildung der Städte entwickelt das Handwerk mit seinen Zunften. Es bildeten sich Verbände der Meister und Gesellen, welche oft erbitterte Kämpfe gegeneinander führten. Durch Maschinen- und Teilarbeit wurde die Arbeitsleistung wesentlich anders gestaltet und erhöht. Durch Eröffnung von mechanischen Spinnereien und Webereien wurden die ersten Fabrikbetriebe geschaffen, wodurch die Ausbeutung der in Betracht kommenden Arbeiter in größerem Maße stattfand als bisher. Die Arbeiter sehen in den Maschinen die Ursache ihres wirtschaftlichen Niederganges und wurden aus diesem Grunde in England und Deutschland Revolten mit Zerstörung der Maschinen in Szene gesetzt. Redner schildert weiter den Eintritt einer neuen Epoche in den siebziger Jahren, die Organisierung der Arbeiter und den Gegendruck der Unternehmer und Regierungen in Form von Sozialistengesetzen und anderen Mitteln, um diese Bestrebungen zu unterdrücken. Redner gibt am Schlusse seines Vortrages der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Gewerkschaften und Verbände nur allein imstande sind, die Lebenslage der Arbeiter zu bessern; er fordert die Kollegen auf, ihr Bestes einzusetzen für den Verband, für ihn zu agitieren, um auch den letzten Kollegen für uns zu gewinnen.

Die Brancheneinteilung legt Redner gleichfalls ausführlich dar und hofft damit eine bessere Gestaltung der Tarifverträge zu erringen. Allgemeiner Beifall lohnte ihm und wurde auf Antrag von Kollegen Lukas beschlossen, nächsten Monat einen weiteren Vortrag unseres Gauleiters, und zwar Sonntags, entgegenzunehmen.

Kollege Bittmann gab einen ausführlichen Bericht von der Gaukonferenz. Nach Besprechung einiger örtlicher Angelegenheiten betreffs Mißstände bei einigen Zwischenmeistern, wird der Vorsitzende beauftragt, die Fälle zu prüfen und Abhilfe zu schaffen. Hierauf Schluß der Versammlung, die in Anbetracht der 255 Kollegen am Platze, besser besucht sein konnte. Mögen die wegen der Verschmelzung noch Grollenden und Gleichgültigen nun einsehen, daß die beiden Branchen, die je in einer Fabrik, in einer Werkstelle und sehr viel in ein und denselben Artikeln zusammen arbeiten, auch in einem Verbande zu beiderseitigem Interesse wirken können. Mögen auch die infolge der Spannung oft recht gehässig und leidenschaftlich ausgestoßenen Losungsworte „Die Sattler, die Portefeuiller", vergessen sein, um in vereintem und geschlossenem Zusammengehen die Besserung unserer Lebenslage und Zukunft herbeizuführen.

Liegnitz (E. 6. 11.) Am 4. November fand im Gewerkschaftshause eine Versammlung statt, in welcher Gauleiter Kollege Barisch über: „Interne Berufsfragen" referierte. Leider war, trotzdem Kollege Barisch die kurze Zeit seiner Anwesenheit dazu benutzte, soviel als möglich indifferente Kollegen selbst aufzusuchen, von letzteren kein einziger erschienen. Es kamen verschiedene örtliche Angelegenheiten zur Sprache. Auch wurden unter anderem die Verhältnisse bei der Firma Lachter einer Kritik unterzogen und wird demnächst ein ausführlicher Bericht über obige Firma erscheinen. Auch führte der Referent aus, daß mehr Gewicht darauf gelegt werden müsse, die Hilfsarbeiter zu organisieren. Denn es ist eine ganz selbstverständliche Sache, daß dieselben ebensoviel Beachtung verdienen als gelernte Leute. Die Herren Unternehmer fragen gar nichts danach, ob ein Arbeiter gelernt hat oder nicht; die Hauptsache ist, daß er seinen Profit aus ihm herausschinden kann. Die Hauptsache ist, daß jeder Kollege soviel als möglich organisatorisch tätig ist, denn nicht eher dürfen wir ruhen, bis der letzte Kollege organisiert ist. Hat die diesmalige Anwesenheit des Gauleiters auch nur eine Aufnahme gezeitigt, so hat derselbe doch so viel vorgearbeitet, daß in nächster Zeit einige Aufnahmen höchst wahrscheinlich sind.

Also Ihr Liegnitzer Kollegen! Agitieren! Die Zeit ist günstig!

Haynau i. Schl. (E. 6. 11.). Um auch in Haynau einmal festen Fuß zu fassen, hielt Bezirksleiter Kollege Bischoff-Liegnitz hier am Sonntag, den 31. Oktober, eine Agitationsversammlung im „Feldschlößchen" ab, welche von 11 Kollegen besucht war. Das Referat des Kollegen Bischoff über: „Der Wert der Organisation für die im Sattlergewerbe beschäftigten Gehilfen und Arbeiter" fiel allerdings noch auf sehr steinigen Boden, was ja nicht Wunder nehmen läßt, wenn man bedenkt, daß es sich dort zumeist um Kollegen handelt, welche beim Meister in Kost und Logis sind, und daher das ganze Jahr keine Zeitung oder irgend ein bildendes Buch zur Hand bekommen. In der sich dem Vortrage anschließenden Diskussion sprach ein Kollege die Ansicht aus, daß die organisierten Kollegen durch ihren Beitrag nur die Verbandsfunktionäre erhalten und ihnen die Mittel geben, daß dieselben von einem Ort zum andern fahren und schön leben können. Er hat einen Kollegen gekannt, der in der Arbeit nichts leisten konnte und kann ein solcher Verbandsangestellter wurde. (Auffällig hierbei ist, daß er dem Referenten auf dessen Aufforderung den Namen des Kollegen nicht nannte.) Nachdem dieser Unsinn von Referenten gebührend aufgeklärt worden war, verschanzte er sich hinter die beliebte Ausrede: der Verband mag ja für solche ganz gut sein, die als Gehilfen arbeiten, aber ich mache mich ja doch selbständig. Alle übrigen Kollegen standen der Sache ganz sympathisch gegenüber, nur konnten sich dieselben zum Eintritt in den Verband noch nicht entschließen, außer einem Kollegen, welcher ohne weiteres beitrat, und, was hier lobend mit erwähnt sei, auch die anderen Kollegen aufmunterte, dem Verbande beizutreten. Leider waren die Kollegen zu unschlüssig, um sich sofort aufnehmen zu lassen und mußte sich der Referent damit begnügen, die Kollegen aufzufordern, zu der in nächster Zeit stattfindenden Versammlung sich recht zahlreich einzufinden, zu welcher jedenfalls Gauleiter Kollege Barisch-Görlitz als Referent erscheinen wird. Hoffen wir, daß auch die übrigen Kollegen recht bald dem Vorbilde des einen nacheifern werden.

Offenbach a. M. (E. 6. 11.) Am Dienstag, den 2. November, fand im „Gewerkschaftshaus" eine Mitgliederversammlung statt, deren Besuch in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung viel zu wünschen übrig ließ. Aus dem vom Kollegen Krüger erstatteten Kassenbericht ist bemerkenswert. Die Einnahmen betrugen mit den Kassenbeständen der beiden früheren Verwaltungsstellen 10231,36 Mk. Die lokalen Ausgaben erreichen die Höhe von 1348,49 Mk., worunter 200 Mk. für den Generalstreik in Schweden figurieren. An die Bezirksunterstützungskasse wurden 163,10 Mk., an die Hauptkasse 2987,07 Mk. abgeführt. An Unterstützungen wurden 1875,25 Mk. verausgabt. Sonstige Ausgaben zu Lasten der Zentralkasse betragen 1722,50 Mk. Somit ist am 30. September 1909 ein Barbestand von 1854,65 Mk. verhanden. Die Zahl der Mitglieder, welche den 55 Pf.-Beitrag leisten, ist in stetem Wachsen begriffen. Während an 50 Pf.-Marken 5450 abgesetzt wurden, stieg die Anzahl der 55 Pf.-Marken auf 1208. Die Mitgliederzahl überhaupt stieg von 1346 auf 1403 am Schlusse des 3. Quartals. Die Abrechnung wurde ohne Einwendungen genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Jung den Bericht von der am 3. Oktober stattgefundenen Gaukonferenz. Ein näheres Eingehen darauf können wir uns wohl hier ersparen, da der ausführliche Bericht bereits veröffentlicht wurde. Besonders geht Redner auf die auf der Konferenz gefaßte Resolution ein, welche den Verwaltungsstellen Bürgel und Dietesheim den Anschluß an die Bezirkskasse zur Pflicht macht. In der Diskussion wird angeregt, wie weit die Angelegenheit mit Bürgel nunmehr gediehen sei und welche Schritte die Gauleitung in dieser Sache bis jetzt unternommen hat. Der Gauleiter Kollege Höf teilt hierauf mit, daß es gelungen sei, die kleine Verwaltungsstelle Dietesheim der Verwaltungsstelle Offenbach anzugliedern, wodurch die Dietesheimer Kollegen zugleich dem Widerstandsfonds angeschlossen sind. In Bürgel habe am Montag, den 1. November, eine Versammlung stattgefunden, in der die Gauleitung alles versucht habe, den Kollegen die unbedingte Notwendigkeit des Anschlusses vor Augen zu führen. Der Erfolg war jedoch ein negativer. Die Bürgeler Kollegen wollen absolut nicht einsehen, daß sie sich im Interesse des ganzen Industriegebietes und der Tarifgemeinschaft sowie im eigenen Interesse einer Institution anschließen müssen, der alle übrigen Verwaltungsstellen im Industriebezirk angehören. In geheimer Abstimmung wurde der Anschluß mit 19 gegen 3 Stimmen abgelehnt, während 3 Mitglieder sich der Abstimmung enthielten. 19 der von 25 Mitgliedern besuchten Versammlung wehren sich gegen den auf der Gaukonferenz im Namen von 3200 angeschlossenen Mitgliedern gefaßten Beschluß, der vom Vorsitzenden als „Gewaltmaßregel" (!) bezeichnet wurde. Trotzdem gibt die Gauleitung die Hoffnung nicht auf, daß der Geist der Solidarität auch dort noch Fuß fassen wird. Alle Diskussionsredner wandten sich in schärfster Weise gegen ein solches Verhalten, das in keiner Weise sich mit dem Prinzip einer zentralisierten Gewerkschaft vereinbaren läßt. Sie sind der Meinung, daß unter diesen Umständen der Verwaltungsstelle Bürgel eine Vertretung auf den in Zukunft stattfindenden Bezirkskonferenzen nicht zugestanden werden darf. Bei solcher Hartnäckigkeit, die geradezu an Böswilligkeit grenze, müsse der Zentralvorstand ein Machtwort aussprechen, denn man könne es sowohl in Offenbach wie im ganzen Industriebezirk als nicht im Verbandsinteresse gelegen erachten, wenn eine Verwaltungsstelle, die eigentlich zu Offenbach gehöre, die 20 Proz. ganz für sich erspart, um damit

Krankenunterstützung oder Unterstützung bei eintretendem Hochwasser auszahlte, während sie zu den im Interesse des gesamten Industriebezirks liegenden Aufgaben für Terrainverwaltung und dergleichen absolut nichts beitrage. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und nachdem vom Vorsitzenden noch auf den Markenverschleiß zum Verlust hingewiesen wurde, trat Schluß der leider so schlecht besuchten Versammlung ein. Hoffen wir, daß zur nächsten Versammlung mehr Kollegen und auch Kolleginnen dem Ruf Folge leisten.

Eutheim. (E. 8. 11.) Montag, den 25. Oktober, fand in Bergen, Dienstag, den 26. Oktober, in Bischofsheim die Quartalsversammlung statt. Beide Versammlungen waren nur schwach besucht, was im Interesse unseres Verbandes und in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehr zu beklagen ist. Den schon bekanntgegebenen Bericht vom 3. Quartal erstattete Kollege Sautz und wurden Monitas hierüber nicht erhoben. Die Beschlüsse der Gaukonferenz wurden einstimmig gutgeheißen. Zu Bischofsheim referierte hierüber Kollege Joh. Seip. Den ausgesperrten Arbeitern in Schweden wurden in Bergen 20 Mk., in Bischofsheim 10 Mk. aus der noch vorhandenen örtlichen Lokalkasse bewilligt, so daß mit den Beträgen von Fechenheim und Eutheim mit je 30 Mk., zusammen 100 Mk. gegeben wurden. Auf Antrag der Bischofsheimer Versammlung soll die Ortsverwaltung dem Wunsche bezüglich Abholung einer Festlichkeit in Enkenheim für den ganzen Bezirk näher treten. In Bergen wurden für einen erkrankten Kollegen noch 10 Mk. bewilligt. Um einen guten Versammlungsbesuch in Zukunft zu erzielen, ersuchen wir die Werkstubenvertrauensleute, energisch bei den Kollegen auf die Versammlungen hinzuweisen und zum Besuch derselben zu animieren.

München. (E. 8. 11.) Sonnabend, den 23. Oktober, brachte uns die Quartalsversammlung einen ebenso lehrreichen als interessanten Vortrag von Herrn Dr. Weigl über: „Grundlinien der Gesundheitspflege". Ausgehend davon, daß die Ursachen früherer und auch gegenwärtiger Epidemien in den schlechten sanitären Einrichtungen liegen, beleuchtet Referent, was schon erreicht wurde durch Wasserleitungen, Impfungen und dergleichen. München war früher als Typhusherd bekannt und gefürchtet, nur durch die Wasserversorgung aus Alpenquellen wurde diese stete Gefahr beseitigt, die Pocken sind infolge der streng durchgeführten Impfung in Deutschland fast vollständig verschwunden. Weiter wies er darauf hin, welchen Einfluß peinliche Reinlichkeit auf das körperliche Wohlbefinden ausübt, besonders zu empfehlen ist sorgfältiges Reinigen der Hände vor jedem Essen und wöchentlich ein Bad. Welch schädliche Wirkung Unmäßigkeit und Unregelmäßigkeit in der Ernährung auf die einzelnen Organe hervorrufen, wurde erläutert, desgleichen Ratschläge erteilt zu einer vernünftigen, zweckmäßigen Zusammensetzung der täglichen Speisen. Auch auf die Schädlichkeiten des Genusses von Alkohol, sowie des Kaffees und Tees wies der Redner hin und zeigte, wie wir diese Getränke entbehren und ersetzen können. Herr Weigl sprach sich zum Schluß noch lobend darüber aus, daß unsere Kollegen durch zahlreiches Erscheinen und gespannte Aufmerksamkeit ihr Interesse für die nützliche Sache kundgaben. Hierauf gab unser Kassierer die Abrechnung. In der Mitgliederbewegung ist wieder ein guter Schritt nach vorwärts zu verzeichnen. Unser Vorsitzender streifte hierauf die wichtigsten Ereignisse im vergangenen Quartal, besonders die Vorgänge bei der Firma Hesselberger, wo der „Auch"kollege Ulbrich durch beständige Verläuferei zwei Kollegen aufs Pflaster brachte. Bei den darauf folgenden Verhandlungen am Gewerbegericht wurde die hinterlistige Handlungsweise desselben sogar von seinen Vorgesetzten bestätigt. Daraufhin wurde er aus dem Verbande ausgeschlossen. Herr Hesselberger wurde ebenfalls darauf aufmerksam gemacht, wer der Störenfried ist und ihm sicher nur Schaden bringe. Zu den Verhandlungen bei der Firma Kleinheinz, Militäreffekten, erklärt Kollege Rüger, daß mit Bestimmtheit eine zufriedenstellende Lösung zu erwarten sei, in den Hauptsachen ist Herr Kleinheinz bereits entgegengekommen. Mit der Aufforderung, stramm mitzuarbeiten im vierten Quartal, um unser Ziel, das wir uns am Anfang des Jahres gesteckt, nämlich die Mitgliederzahl 300 zu erreichen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Leipzig. (E. 6. 11.) Sektionsversammlung der Portefeuiller. In einer am 3. November in „Stadt Mailand" abgehaltenen Versammlung, an der auch die Portefeuiller, welche im Buchbinderverbande organisiert sind, teilnahmen, wurde die Situation unserer Branche besprochen. Kollege H. Busch hielt ein Referat, in dem er sagte, eine dringende Notwendigkeit sei vorhanden, daß alle Portefeuiller am Orte, ganz gleich, wo sie organisiert sind, für die Zukunft nicht mehr getrennt marschieren dürfen. Da durch die Hirsch-Dunckerschen und gelben Gewerkschaften schon eine Zersplitterung innerhalb der Arbeiterschaft herbeigeführt wird, ist es zu verurteilen, wenn freie Gewerkschaftler das gleiche tun. In Leipzig ist zurzeit der größere Teil der Portefeuiller im Sattler- und Portefeuiller-Verband und ein kleinerer Teil im Buchbinderverband organisiert. Wäre es denn nicht möglich, daß die letzteren unsere Versammlungen besuchen und sich an unseren organisatorischen Arbeiten beteiligen? Befinden sich doch ältere Gewerkschaftler darunter, die unseren Versammlungen mit ihren Ratschlägen von großem Nutzen sein könnten. Der Vertreter der Ortsverwaltung der Buchbinder konnte unserem Referenten und den übrigen Diskussionsrednern nur recht geben und empfahl, gemeinsam zu operieren. Gleichzeitig legte er aber auch die Gründe dar, welche ihre Mitglieder von dem Besuch der Versammlungen fernhielten. Er führte aus, daß seitens der Portefeuiller unseres Verbandes Anrempelungen betreffs Uebertretens in unsere Organisation fortgesetzt gemacht wurden, auch persönliche Häuseleien hatten dazu beigetragen. Diese Gründe wurden natürlich zerpflückt und wenn wirklich ein solcher Fall vorgekommen sein sollte, so dürfte man dieses nicht so tragisch nehmen. Nach einer weiteren Aussprache wurde der Antrag einstimmig angenommen, künftighin die Branchenversammlungen gemeinsam zu besuchen und sich an der Organisationsarbeit zu beteiligen.

Unter „Verschiedenes" teilt Kollege Busch die Errichtung des Zentralarbeitsnachweises für Mitteldeutschland mit, welcher sich im „Volkshaus" befindet und soll diese Einrichtung den Arbeitgebern zur Berücksichtigung empfohlen werden. Nachdem noch das Ersuchen an die Kollegen gerichtet worden war, sich an der Mitarbeit der Fachbeilage und der Beantwortung im Fragekasten zu beteiligen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Bücherschau.

Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur- und Geistesleben. Heft Nr. 2. Herausgegeben von M. H. Baege und E. W. Trojan. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das Ziel der Sonnenbewegung. Von G. Kastner. — Der fossile Mensch. Von M. H. Baege. — Sonnen- und Feuerkultus. Von Trojan. Außerdem: Astronomisches: Ist die Venus bewohnt? Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von 1,25 Mk. vierteljährlich, bei Zusendung als Drucksache direkt vom Verlag 5,75 Mk. jährlich. Einzelne Hefte 25 Pf. Verlag: Teichmann u. Co., Leipzig, Bayrische Straße 4.

Ratgeber für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Ein sehr lehrreiches und nützliches Büchlein für alle Auswanderungslustigen. Der Interessent findet darin alles, was geeignet ist, ihm das Fortkommen in Amerika zu erleichtern, so z. B. alle wichtigen Adressen der Gewerkschaften, deutschen Vereine, Zeitungen usw. Der Auswanderungslustige findet aber auch eine gewissenhafte Aufzählung aller der Momente, die ihn veranlassen müssen, sich die Auswanderung mehr als einmal zu überlegen. Und mit Recht. Amerika ist nicht mehr, oder war es überhaupt nie, das Eldorado nämlich, für das es von vielen leider gehalten wird.

Das Büchlein ist dazu bestimmt, an allen wichtigen Zentralpunkten des Auswandererverkehrs an die Auswanderer gratis abgegeben zu werden.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Leipzig vom 12. bis 18. September 1909. — Aus den Verhandlungen erwähnen wir besonders: Schnapsbonkott — Erbschaftssteuer — Maifeier — Internationaler Kongreß — Reichsversicherungsordnung. Preis broschiert 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk. Auf gutem holzfreien Papier brosch. 2,50 Mark, geb. 3,50 Mk. Zu beziehen durch alle Parteispeditionen und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Was muß der Arbeiter von der Krankenversicherung wissen? Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchhandlung Volksstimme in Frankfurt a. M. eine kleine Schrift von dem Arbeitersekretär Eduard Gräf erschienen, die für 10 Pf. in allen Buchhandlungen zu haben ist und den Zweck verfolgt, in gedrängter Kürze (auf 16 Seiten) allen Interessenten das wesentlichste vom Versicherungszwang, dem Kreis der Versicherungspflichtigen, den Pflichten der „Arbeitgeber und Arbeitnehmer", den Beitragsleistungen, Strafbefugnissen der Krankenkassen usw. zu erklären. Besonders instruktiv sind für die Arbeiterschaft die Abhandlungen über die vom Gesetz unterschiedenen „Mindestleistungen" und „Mehrleistungen", die Ersatzpflichten gegenüber den Krankenkassen, die Errichtung und Schließung der Kassen, die Aufsichtsbehörden und die Schaffung der Reservefonds. — Von demselben Verfasser ist auch eine Schrift im selben Umfang und zum selben Preise erschienen: **Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?** Auch dieses Schriftchen zeichnet sich, ebenso wie das obengenannte, dadurch vor ähnlichen „Ratgebern" aus, daß es aus der Praxis für die Praxis geschrieben ist.

Adressenänderungen.

München. B. Josef Röll, Bergmannstr. 16 III.

Briefkasten der Redaktion.

L. i. H. Ihrem Wunsche entsprechend genügen wir gern, daß die Artikel über „Den Weg zur Macht" **nicht** den Genossen Fr. Laufkötter, Hamburg, zum Verfasser haben.

Einige Berichte mußten Raummangels wegen zurückgestellt werden.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 13. November.

Sterbetafel.

Berlin. Paul Friedrich, Treibriemenbranche, 22 Jahre alt, Lungenkrank. — Eugen Haak, Täschner, 37 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns einlaufen.)

Bautzen. Mitgliederversammlung, Sonnabend, den 20. November, abends ½9 Uhr, „Stadt Zittau".

Essen (Ruhr). Samstag, den 20. November, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung, Grabenstraße 23, Restaurant Meißwinkel.

Leipzig. Reisenartikelbranche. Sonnabend, den 20. November, abends ½9 Uhr, im „Neufelder-Kaulbachstraße. Vortrag über: „Der Wert der Tarifverträge".

Anzeigen.

Ortsverwaltung Offenbach a. M.

Samstag, den 27. November 1909

Herbst-Fest (Kunst-Abend)

im „Gewerkschaftshaus" Kaiserstr. 91.

Mitwirkende:

Offenbacher Musikverein :: Frankfurter Künstler-Quartett und des Xylophon-Virtuosen von der Frankfurter Oper.

Nach dem Konzert:

Ball bei doppeltem Orchester.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Eintrittskarten à 40 Pf. sind zu haben bei den Erhebern, den Werkstattvertrauensleuten sowie auf dem Verbandsbureau im Gewerkschaftshaus.

Geübte Täschner und Kofferarbeiter

finden sofort dauernde Stellung bei

Harßler & Pölcker, Magdeburg.

Sattler

gesucht an jedem Ort, welche Vertretung hocheleg. Neuheiten (erstklass. Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Hoher Verdienst. Auskunft vollständ. kostenlos. Hermann Wolf, Zwickau i. Sa., Nordstraße 30.

Verantw. Redakt.: Fritz Müntner, Kaulsdorf. Verlag: Peter Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.